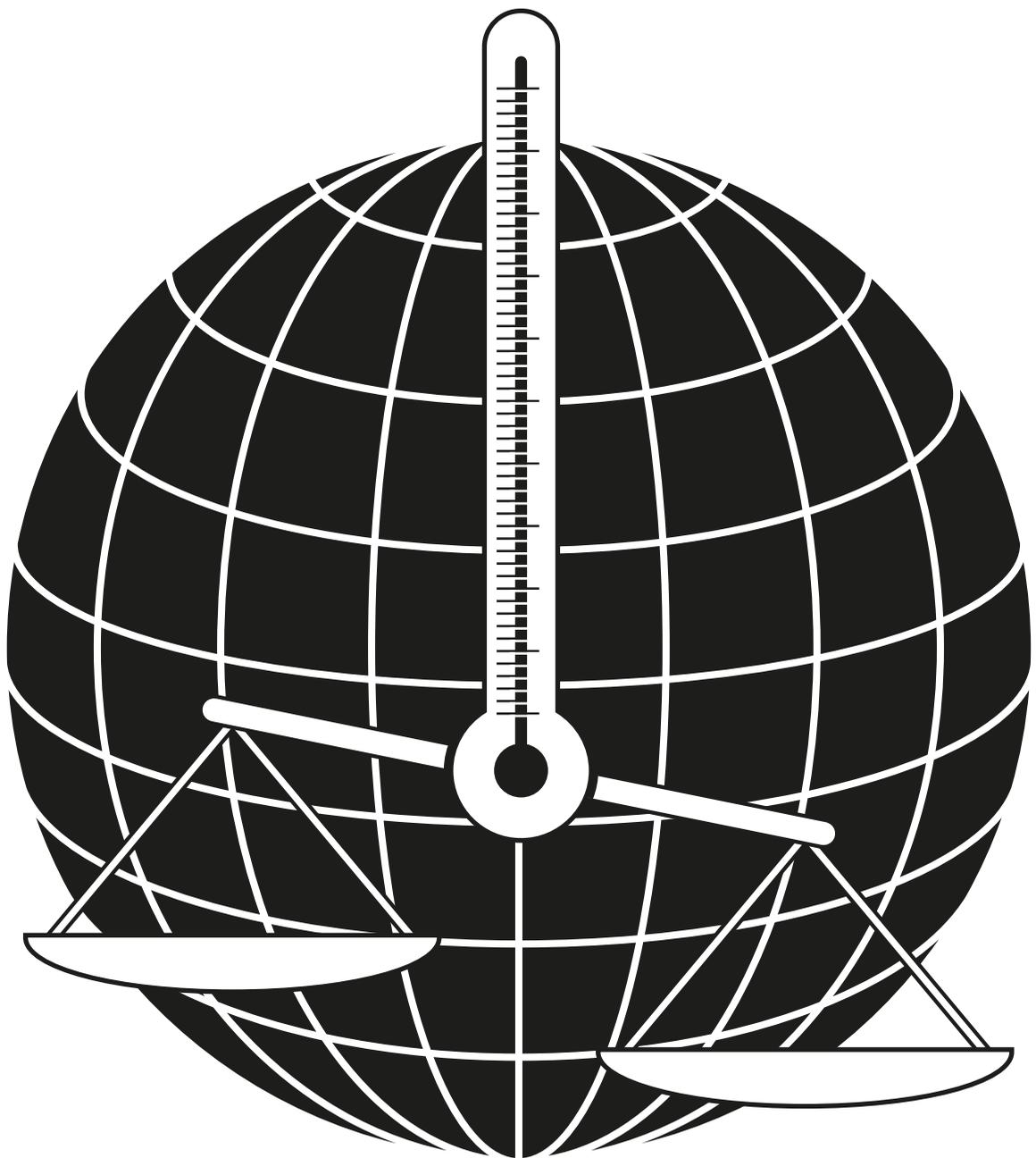
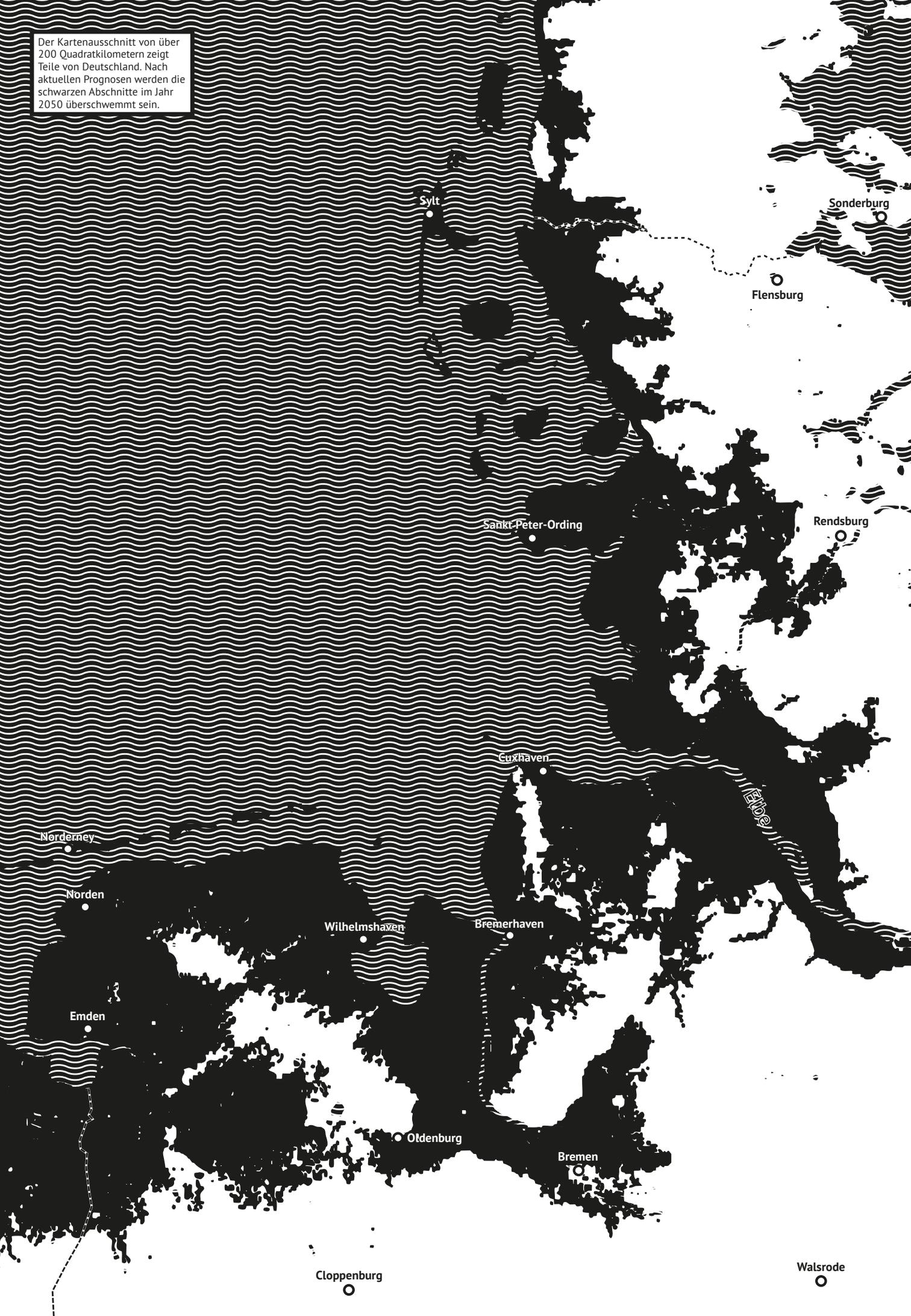


Sozial-ökologische Transformationen – Reaktionen der radikalen Rechten

 **attac** Eine Broschüre der AG Attac gegen Rechts



Der Kartenausschnitt von über 200 Quadratkilometern zeigt Teile von Deutschland. Nach aktuellen Prognosen werden die schwarzen Abschnitte im Jahr 2050 überschwemmt sein.



Inhalt

- 2 Editorial

- 5 **Kapitel 1 – Einstieg**
- 5 Applaus aus der falschen Ecke

- 7 **Kapitel 2 – Geschichte**
- 7 Die braunen Seiten im Naturschutz
- 10 Die DDR als Heimat. Geschichte einer Desillusionierung
- 12 Aktionen der DDR-Umwelt-Bewegung
- 13 »Naturschutz ist Heimatschutz«

- 16 **Kapitel 3 – Die Klimakrise und die Rechten**
- 16 Beim Klimathema kommt die IB ins Schwitzen
- 18 Klimaleugnung mit Kalkül
- 20 Weniger Klimawandel durch weniger Menschen?

- 24 **Kapitel 4 – Wachstumskritik von rechts**
- 24 Globalisierungs- und Wachstumskritik von rechts
- 26 Ignorant und verharmlosend

- 29 **Kapitel 5 – Ausblick**
- 29 Schwelende Wunden

- 31 Weiterführende Literatur
- 32 Danksagungen

Editorial

Liebe Leser*innen,

die Erstellung dieser Broschüre geht auf eine Initiative des Rats von Attac Deutschland zurück, den Schwerpunkt des globalisierungskritischen Netzwerks im Einsatz für soziale und Klimagerechtigkeit zu stärken. Unser gemeinsames Ziel ist es, dass keine*r sich »zwischen der Sorge um das Ende der Welt und der Sorge um das Ende des Monats« entscheiden muss. Attac arbeitet an Alternativen für eine solidarische, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Gesellschaft. Beim Thema Vermeidung des Klimakollapses setzt das Netzwerk auf die Verknüpfung verschiedener Arbeitsfelder, um die gesellschaftliche Debatte über den notwendigen radikalen Umbau unserer Wirtschafts- und Lebensweise voranzubringen und mögliche Schritte auf diesem Weg aufzuzeigen.

Die vorliegende Broschüre hat es zum Ziel, über die verschiedenen Versuche von Vertreter*innen der völkischen und antidemokratischen Rechten aufzuklären, im umstrittenen Feld der Klimapolitik Fuß zu fassen – sei es durch eine Leugnung des menschengemachten Klimawandels oder durch »braune Ökologie«, die »Umweltschutz als Heimatschutz« propagiert. Schließlich versuchen Gruppen aus beiden Spektren immer wieder, Einfluss auf soziale Bewegungen zu nehmen, um diese für ihre menschenfeindlichen Ziele zu instrumentalisieren.

Nicht nur vor diesem Hintergrund ist es notwendig, die nationalistische Rechte und ihre Versuche, Einfluss auf politische Debatten zu nehmen, im Blick zu haben und zurückzudrängen. Dafür bedarf es Materialien zur Aufklärung über solche Entwicklungen und über rechte Tendenzen in Diskursen über die notwendige sozial-ökologische Transformation.

Die Broschüre ist in fünf Kapitel aufgeteilt, die sich jeweils verschiedenen Aspekten von ökologischen sowie sozialen Themen von rechts annehmen und diese analysieren.

Das erste Kapitel dient dem Einstieg in das Grundproblem, dem viele emanzipatorisch und demokratische Akteur*innen im Bereich sozial-ökologischer Transformation gegenüberstehen: Ähnlichkeiten zwischen linken und rechten Positionen an der Oberfläche. Christiane Gerstetter und Lukas Martin geben einen Überblick, an welchen Stellen sich ein zweiter Blick auf einzelne Forderungen lohnt und wie sich diese dann letztlich doch stark unterscheiden.

Im zweiten Kapitel wird ein Blick in die Geschichte geworfen und damit ergründet, wie sich der heutige Status Quo herleiten lässt. Michael Müller, Hans-Gerd Marian und Jörg Sommer schreiben über die Anfänge des Naturschutzes in Deutschland und dessen bis heute schleppende Aufarbeitung von Verstrickungen im Nationalsozialismus. Arthur Schlegelmilch analysiert, wie sich der Heimatbegriff im Laufe von 40 Jahren DDR entwickelt hat und wie vor diesem Hintergrund die immense Umweltzerstörung von der DDR-Bevölkerung scheinbar kritiklos hingenommen wurde. Dazu illustriert ein weiterer Text der Robert-Havemann-Gesellschaft, mit welchen Problemen die Umweltbewegung in der DDR zu kämpfen hatte und wie sie sich trotzdem, allerdings unter andren Vorzeichen als in der BRD, entwickeln konnte. Ab-

schließlich rundet der Text von Lucius Teidelbaum den Rückblick ab, in dem er die historischen Vorläufer und Ideologiebestandteile rechter Ökologie bis in die heutige Zeit nachzeichnet.

Das dritte Kapitel widmet sich ganz der Klimakrise und den Antworten von antidemokratischen und nationalistischen Kräften darauf. Pit Reinesch und Fabian Jellonnek analysieren die identitäre »Jugendbewegung« und ihre argumentativen Schwierigkeiten zwischen Leugnung und Aktion, wenn es ums Klima geht. Der parlamentarische Arm der Klimaleugnung in Deutschland ist die Alternative für Deutschland und Lorenz Gösta Beutin stellt deren Agenda in Sachen Klima und Wissenschaft dar. Schon weitaus länger gilt als lagerübergreifendes ökologisches Thema eine obsessive Beschäftigung mit Bevölkerungspolitik und malthusianischen Denkweisen zur Rettung von Mensch und Erde. Eine feministische Kritik daran formulieren Daniela Gottschlich und Susanne Schultz.

Mit dem vierten Kapitel wird der Bereich der Wachstums- und Zinskritik von rechts beleuchtet. Holger Oppenhäuser blickt auf zinskritische Versatzstücke von Björn Höcke und arbeitet die Problematik an rechter Zinskritik heraus. In einem weiteren Artikel beleuchtet Felix Wilmsen die Anschlussfähigkeit rechter wachstumskritischer Diskurse an Teile der Postwachstumsbewegung und warum diese überhaupt so attraktiv für nationalistische Akteur*innen ist.

Das fünfte und letzte Kapitel soll schließlich eine Art Ausblick für die Entwicklungen im Bereich sozial-ökologischer Transformation und rechten Argumenten geben. Michael Bittner berichtet über neue Zeitschriftenprojekte zu rechtem Naturschutz und ordnet die Relevanz der Beschäftigung mit völkischer Ökologie und dem Ökofaschismus für die emanzipatorische Linke in Zeiten fortschreitender Naturzerstörung und Klimakrise ein.

Wir wünschen Euch eine anregende Lektüre und hoffen, dass wir mit dieser Broschüre dazu beitragen können, möglichst viele Menschen zu nachhaltigem antifaschistischem Engagement zu ermutigen – auch im von vielen Seiten umkämpften Feld der Besetzung von Diskursen über die Klimakrise und die notwendigen Schritte zu ihrer Bewältigung.

Wir bedanken uns bei allen Autor*innen und Verlagen, die den Abdruck ihrer Beiträge in der vorliegenden Broschüre genehmigt haben.

*Die Attac-AG gegen Rechts
im Juni 2021*

Einstieg

Applaus aus der falschen Ecke

Rechte und linke Positionen zu Ökologie können sich auf den ersten Blick stark ähneln – ein zweiter offenbart die Unterschiede

VON CHRISTIANE GERSTETTER UND LUKAS MARTIN

»Wir haben es satt!« ist das Motto einer Demonstration für eine zukunftsfähige Agrar- und Ernährungspolitik, die seit einigen Jahren jährlich in Berlin stattfindet. Dieses »Engagement« sei »zu begrüßen«, applaudierte ein Beitrag auf dem rechten Gegenstrom-Blog im März 2018. Die rechte Umweltzeitschrift *Umwelt und Aktiv* veröffentlichte bereits vor einigen Jahren ein Interview mit der indischen Aktivistin Vandana Shiva, die sich für Umweltgerechtigkeit und Ernährungssouveränität einsetzt. Dass Rechte Applaus klatschen für linke Umweltbewegungen und Aktivist*innen zeigt: Rechte Positionen zu Ökologie ähneln – zumindest auf den ersten Blick – teilweise denjenigen linker Gruppen.¹

Dies lässt sich an verschiedenen Themen zeigen. Ein Thema, bei dem es deutliche Schnittmengen zwischen rechten und linken Positionen gibt, ist Landwirtschaft. Besonders offensichtliche Ähnlichkeiten sind ein positiver Bezug auf kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft und die Kritik an einer industrialisierten, von Konzernen dominierten Landwirtschaft. Grüne Gentechnik, also landwirtschaftlich genutzte Gentechnik, lehnen linke und rechte Gruppen mehrheitlich ebenso ab wie Massentierhaltung und Land Grabbing. Auf beiden Seiten findet sich die Forderung, dass Landwirt*innen Saatgut frei nutzen können sollen, ein positiver

Bezug auf regionales Wirtschaften und Selbstversorgung sowie Ideen vom Ausstieg auf dem Lande.

In ihren Begründungen und in den Details unterscheiden sich Positionen von links und rechts allerdings deutlich. In rechten Positionen zu Landwirtschaft finden sich beispielsweise positive Bezugnahmen auf den »Bauernstand«, »Lebensraum« für die Deutschen, »Ökopatriotismus« und »Versorgungssouveränität« oder die »Selbstversorgung« Deutschlands mit Nahrungsmitteln. Rechte Gruppierungen kritisieren teilweise nicht nur allgemein die Rolle von Konzernen in der Landwirtschaft, sondern lehnen speziell »ortsfremde Investoren« ab. Sie betonen außerdem den Wert von »heimischen Kulturpflanzen«. Begriffe dieser Art finden sich bei linken Gruppen deutlich weniger bis gar nicht. Linke Gruppen thematisieren demgegenüber ungerechte Strukturen im globalen Agrarhandel, die Bedeutung der europäischen Agrarpolitik für die globale Ernährungssicherheit oder die Ausbeutung migrantischer Arbeiter*innen in der Landwirtschaft.

Problematische Bildsprache

Dass kritisch gemeinte Argumente teilweise so formuliert werden, dass sie von rechts vereinnahmt werden können, zeigt auch die Debatte um sogenannte Klimaflüchtlinge. Ein Beispiel ist der millionenfach geklickte Beitrag des YouTubers Rezo gegen die Politik der CDU. Er spricht von einem Katastrophenszenario von über 400 Millionen Flüchtlingen aufgrund der Klimakrise und warnt: »So viele Menschen werden dann kommen, viele nach Europa. Also wenn ihr glaubt, dass die Flüchtlinge in den letzten Jahren schon eine Flüchtlingskrise waren, dann freut euch da drauf!«

Eine solche Bildsprache ist problematisch. Zum einen geht unter, dass Migration größtenteils innerhalb von Regionen und Ländern – und nicht zum Beispiel nach Europa – stattfindet. Ein weiteres Problem ist zudem eine sprachliche Verbindung von Geflüchteten mit Krise und Gefahr, die sich auch bei linken Gruppen fin-

¹ Diese Erkenntnis war Ausgangspunkt für eine Broschüre des BUKO, die sich mit Schnittmengen zwischen linken und rechten Positionen zu Ökologie befasst und Handlungsvorschläge für linke Aktivistinnen macht. Die Broschüre mit dem Titel »Links und rechts kann man nicht verwechseln? Rechte und linke Positionen zu Ökologie« stellt Ähnlichkeiten und Unterschiede von rechten und linken Positionen zu Ökologie, Umweltpolitik und gesellschaftlichen Naturverhältnissen dar. Damit soll linken Aktivistinnen ermöglicht werden, rechte Positionen zu erkennen, ihre eigene Argumentation zu schärfen, problematische Elemente in linken Argumentationen zu vermeiden und die richtigen Bündnispartner*innen zu finden. Erhältlich ist die Broschüre ab zehn Exemplaren in gedruckter Form unter gesnat@buko.info und als pdf unter www.buko.info. Dort findet sich auch die Stellungnahme zu einer berechtigten Kritik am Titel der Broschüre.

det. Die Rede von »Flüchtlingsströmen« oder »-wellen« setzt Migration mit Naturkatastrophen gleich, vor denen »wir« uns schützen müssen. Anstatt Migrant*innen als Menschen mit berechtigten Bedürfnissen und Forderungen zu betrachten, werden sie als eine unaufhaltsam heranströmende Masse dargestellt. Die Antwort ist dann klar: Schotten dicht!

Linke Positionen sollten solchen Vorstellungen entgegenwirken. Es geht darum, Fluchtursachen und nicht Geflüchtete zu bekämpfen. Linke Positionen, die sich klar von rechts abgrenzen, thematisieren globale Ungleichheiten und fordern globale Bewegungsfreiheit. Das Beispiel zeigt außerdem: Der Bezug auf Naturphänomene wie »Wellen« oder »Ströme« ist eine mächtige sprachliche Ressource, die leicht den Blick auf gesellschaftliche Strukturen verstellt, Verhältnisse als gegeben und unveränderlich erscheinen lässt und starke Emotionen auslösen kann.

Was tun, wenn's brenzlig wird?

Es gibt also Schnittmengen zwischen rechten und linken Positionen zu ökologischen Fragen. Rechte widmen sich ähnlichen Themen wie Linke und berufen sich manchmal auf linke Autor*innen. Auch Forderungen klingen teilweise sehr ähnlich, wenn es etwa um regionales und nachhaltiges Wirtschaften geht, mehr Regulierung für multinationale Konzerne oder weniger materielles Wachstum und Konsum. Es ist daher wichtig, linke Positionen klar zu begründen, Quellen sorgfältig zu prüfen und nach rechts anschlussfähige Argumente zu vermeiden.

So kann der Verweis auf nahende Katastrophen, die schnelles und energisches Handeln verlangen, leicht zu wahrgenommenen Sachzwängen führen und autoritäres oder repressives Vorgehen rechtfertigen, zum Beispiel, um Grenzen dichtzumachen. Verkürzte Erklärungsmodelle, die alles auf eine Ursache (»das liegt eben in der Natur von ...«) oder geheime Machenschaften einer bestimmten Gruppe zurückführen, nähren Verschwörungsmymen, die auch bei rechten Gruppen sehr beliebt sind. Vereinfachende Darstellungen von Menschengruppen (»die Flüchtlinge«), die unterstellen, alle hätten die gleichen Interessen und Bedürfnisse, können Stigmatisierungen und Vorurteile befördern. Auch Romantisierungen traditioneller, naturnaher Lebensweisen und eine pauschale Kritik an der modernen Gesellschaft stellen Anknüpfungspunkte für rechte Gruppen dar.

Linke Positionen unterscheiden sich von rechten durch ihren globalen Bezugsrahmen.

Es lassen sich jedoch auch eine Reihe von Argumenten und Begründungen zu ökologischen Fragen formulieren, die weniger leicht von rechts zu vereinnahmen sind. Hierzu gehört eine Kritik an Herrschaftsverhältnissen und verschiedenen Formen von Diskriminierung wie Kolonialismus, Rassismus, Sexismus, Antisemitismus etc. im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Linke Positionen unterscheiden sich dabei von rechten durch ihren globalen Bezugsrahmen: Es geht nicht nur um den Schutz von Ökosystemen in einem Land, sondern darum, wie ein gutes Leben für alle und globale Gerechtigkeit verwirklicht werden können. Anstatt ökologische Verhältnisse als natürlich gegeben darzustellen, sollten Linke diese als von Macht und Herrschaft durchzogen und durch gesellschaftliche Kämpfe geformt verstehen. Je stärker die Annahme der Gleichwertigkeit aller Menschen mit Forderungen nach Demokratisierung, Umverteilung und Gleichheit sowie der Zurückdrängung von Marktmechanismen verknüpft werden, desto schwerer sind sie von rechts zu vereinnahmen.

Eine klare Abgrenzung nach rechts ist für linke Umweltaktivist*innen nötig, auch dann, wenn Rechte vermeintlich für die gleichen Ziele kämpfen. Sonst werden menschenverachtende Positionen immer stärker als normal angesehen und kommen in der sogenannten Mitte der Gesellschaft an. Rechte versuchen dort, mit Themen wie Ökologie, die eben nicht »typisch rechts« sind, anschlussfähig zu werden. Zudem bedeutet die Teilnahme von Rechten an Bündnissen und Mobilisierung, dass andere sich dort unsicher fühlen können.

Es ist klar, dass linke Gruppen Vereinfachungen, die möglicherweise eine Nähe zu rechten Positionen schaffen, nicht immer vermeiden können. Flyer, Mobilisierungsmaterial, Tweets – all das setzt ein gewisses Maß an Vereinfachungen voraus und schafft damit möglicherweise Anknüpfungspunkte nach rechts. Umso wichtiger ist es, sorgfältig zu arbeiten und eigene Positionen stets zu hinterfragen. Und im Zweifel hilft eine deutliche Positionierung, dass menschenfeindliche Positionen in einem Bündnis nicht willkommen sind.

*Dieser Text ist zuerst in **analyse & kritik** Ausgabe 660/2020 erschienen. **Christiane Gerstetter** ist im Arbeitsschwerpunkt *Gesellschaftliche Naturverhältnisse der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)* tätig. **Lukas Martin** ist Sozialwissenschaftler und freier Autor. Er schreibt zu den Themen *Antikolonialismus und Umweltgerechtigkeit* und ist im Arbeitsschwerpunkt *Gesellschaftliche Naturverhältnisse der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)* aktiv.*

Geschichte

Die braunen Seiten im Naturschutz

VON MICHAEL MÜLLER, JÖRG SOMMER, HANS-GERD MARIAN

Die Rolle des Naturschutzes in der Zeit des Nationalsozialismus, die 1933 mit der Gleichschaltung der Naturschutzverbände und dem Ausschluss jüdischer Mitglieder begann, wurde lange Zeit kaum aufgearbeitet. Dabei wechselten die meisten Naturschützer direkt ins braune Lager, wenn sie nicht ohnehin schon dort waren. Nach 1945 bedeutete der Umgang mit dieser Zeit: verharmlosen, verdrängen und verschleiern. Das Netzwerk der nationalsozialistischen Naturschützer hielt sich erstaunlich stabil und einflussreich genug, um den Anschein zu erwecken, sie wären nur an der Sache, dem Schutz der deutschen Natur, orientiert gewesen. Alles andere sei dem damaligen Zeitgeist geschuldet gewesen, der aber schon lange vor der Machtübernahme Hitlers vorherrschte.

Tatsächlich war die reaktionäre Grundhaltung von der Überlegenheit der »germanischen Rasse« weit verbreitet. Schon um 1870 hatte sich als Reaktion auf die zweite industrielle Revolution ein rechtskonservatives Potenzial herausgebildet, das sich mit der nationalsozialistischen Blut-und-Boden-Ideologie gut in Einklang bringen ließ. Es wurde beeinflusst von Vertretern der konservativen Revolution wie Ludwig Klages, Friedrich Georg Jünger und Martin Heidegger mit ihren elitären und antidemokratischen Dogmen.

Klages, ein Vertreter der Lebensphilosophie, war ein penetranter Antisemit, der bis zum Kriegsende an die »rassische Überlegenheit« der Germanen glaubte. Er war als Fortschrittsfeind ein expliziter Gegner von Vernunft und Verstand, sondern betonte vor allem das Gefühl, weil seiner Meinung nach das menschliche Bewusstsein nicht fähig sei, die Wirklichkeit in ihrer Tragweite zu erfassen. Mit seiner Lehre vom Geist als Widersacher der Seele wurde er zum populärsten Philosophen des Dritten Reiches. Klages vertrat einen Antiparlamentarismus und Antimarxismus und setzte den Pazifismus mit den »allerniedrigsten Verherrlichern des Judaismus« gleich.

Die Haltung Friedrich Georg Jüngers war ambivalent. Der Antisemit und scharfe Gegner der Weimarer Republik war ein Hauptvertreter konservativer Ideologiekritik mit engen Beziehungen zu antidemokrati-

schen Zirkeln. Bis zum 9. November 1923 war er ein flammender Anhänger von Ludendorff und Hitler, ging dann aber zunehmend auf Distanz und warf den Nationalsozialisten vor einen »legalistischen Kurs« zu vertreten, statt auf eine »nationale Revolution« zu setzen. Er begründete das mit einer scharfen Kritik am technischen Fortschritt und am Liberalismus als Beschleuniger der Auflösung aller Dinge. Er glaubte nicht an den Aufstieg der Nazis und zog sich mehr und mehr zurück.

Martin Heidegger wurde schon am 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP und blieb es aus Überzeugung bis zum bitteren Ende. Er war von Hitler fasziniert. Als Kandidat der Nationalsozialisten wurde er am 27. Mai als Rektor der Freiburger Universität eingeführt. Nach 1945 hat er nie bedauert, was er getan hat. Heidegger war Antisemit und volkstümelnder Reaktionär. Er unterstützte die Zerschlagung der Weimarer Republik. Gewalt sah er als »Gewalt der Erlösung« an.

Auf Klages, Jünger und Heidegger bezieht sich heute die AfD in ihrer Kritik an der Moderne, speziell an der Umweltbewegung, die Alexander Gauland als »Emanzipationsideologen« bezeichnet. Die reaktionäre Zivilisationskritik kommt wieder hoch. Deshalb ist es wichtig, ihre Wurzeln aufzuzeigen, damit klar wird, welchen Geist die AfD aus der Flasche lässt.

Die »hohe Zeit« des Naturschutzes?

In der NS-Zeit waren führende Vertreter des Naturschutzes Hans Klose, Walther Schoenichen, Hans Schwenkel, Alwin Seifert und Heinrich Wiepking-Jürgensmann, allesamt stramme Anhänger einer nationalistisch-reaktionären Ideologie und überzeugte Antisemiten, die dennoch in den 50er und 60er Jahren völlig unverständlich mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurden. Die Nähe zu den drei genannten »Vordenkern« ist unverkennbar. Im Naturschutz sahen sie die Stärkung der deutschen Volkskraft. Die Präambel des Reichsnaturschutzgesetzes (RNG) ordnet den Naturschutz in die nationalsozialistisch-völkische Ideologie ein, was nicht nur Klose eindeutig proklamierte: »Nur ein Staatswesen, das die inneren Zusammenhänge von Blut und Boden,

Volkstum und Heimat erkennt, das wirklich Gemeinnutz vor Eigentum stellt, vermag auch dem Natur- und Heimatschutze sein Recht zu geben und ihm seine Stellung im Staat einzuräumen.«

Hans Klose, Vorsitzender des Volksbunds Naturschutz und ab 1938 Leiter der »Reichsstelle für Naturschutz«, behauptete 1949 sogar, das »Dritte Reich« sei die »hohe Zeit des Naturschutzes« gewesen. Klose machte das am Reichstierschutzgesetz, Reichsjagdgesetz und Reichsnaturschutzgesetz fest, die nicht zuletzt der Legitimation des Nationalsozialismus dienten. Hermann Göring erkannte nämlich als Reichsforstminister früh die ideologischen Anknüpfungspunkte und brachte das weitgehend folgenlose RNG auf den Weg. Klosers Täuschungsversuch kann allerdings nur funktionieren, wenn das RNG nicht in seinen politisch-ideologischen Zusammenhängen gesehen wird, denn die zugrundeliegende rassistisch-völkische Grundidee wurde entweder verschleiert oder lange Zeit verdrängt. Die Kommentierung des RNG belegt zweifelsfrei, dass der Naturschutz mit einem völkischen Heimatverständnis, dem Bestreben nach Autarkie und der Blut-und-Boden-Ideologie der NSDAP verknüpft wurde.

Auch Klosers Vorgänger im Amt, der glühende Antisemit und Nationalsozialist Walther Schoenichen, hetzte schon in den 20er Jahren, dass »unserem Volke [...] ein rassenhygienischer Niedergang« drohe. Und er agitierte 1934: »Soll die neue Volksgemeinschaft in wahrhaft deutschem Sinne Wirklichkeit werden, so müssen die ursprünglichen, naturgewollten Seelenlagen unserer Rasse wieder voll zum Durchbruch kommen. [...] So sind es eine Fülle von Beweggründen völkisch-nationaler, sozial-hygienischer, volkserzieherischer, allgemein sittlicher, volksbiologischer und kulturpolitischer Art, die uns die Pflege des Naturschutzgedankens zur unabweisbaren, ja zur heiligen Pflicht machen.«

Hans Schwenkel, der Mitautor des RNG und ab 1938 verantwortlicher Referent für Landschaftspflege im Reichsforstamt, zeigte in einem Beitrag von 1937 auf, was für ein Ungeist dahinter steckte: »Nach dem ersten Buch Mose kennt auch der Jude keinen Naturschutz, denn Gott gibt den Kindern Israels alle Pflanzen und Tiere, »alles was da krecht und fleucht« zur Speise. Erst der Kulturmensch, und zwar fast ausschließlich der nordische Mensch, gewinnt ein ganz neues Verhältnis zur Natur, nämlich das der Ehrfurcht, auf die auch der Naturschutz gegründet ist.« Das »Neue Bauen« diffamierte er als entartet.

Die damaligen Landschaftsanwälte, an deren Spitze seit 1940 der von Heinrich Himmler ernannte völkische Antisemit Alwin Seifert als Reichslandschaftsanwalt stand, der von Fritz Todt aus München geholt und von Rudolf Hess gefördert wurde, arbeiteten eng mit der SS vor allem in den Ostgebieten zusammen, deren Eroberung neue Chancen für eine Ausweitung deutscher Natur versprach. Die Aufgabe war nicht nur die Be-

grünung der Autobahnen, sondern auch die Einfügung unzähliger Bunker, Unterstände und Geschützstellungen in die Landschaft, zu deren Tarnung »einheimische deutsche Pflanzen« gesetzt wurden. Seifert und der Pflanzenbiologe Reinhold Tüxen kümmerten sich auch um die »arische Begrünung« des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau. Die nahegelegene Stadt solle zudem »eingedeutscht« werden.

Heinrich Wiepking-Jürgensmann wetterte gegen den »Irrsinn« der Parteien als Grundlage allen Übels. Er lehnte einen demokratisch verfassten Staat ab und hetzte gegen die Weimarer Republik. Er wollte, dass ein neuer starker Führer an die Macht komme.

Die Grundhaltung des Naturschutzes, dessen Wurzeln in dem verklärten Heimatverständnis der deutschen Romantik lagen, war damals in Verbindung mit dem antisemitischen Vernichtungswahn das ideologische Konglomerat für einen Geodeterminismus, der zur völkischen Rassenideologie der NSDAP gehörte. In deren Sicht war der Naturschutz eine Grundvoraussetzung für das Bestehen des »deutschen Menschen«. Die neue Volksgemeinschaft könne nur entstehen, wenn der Naturschutz deren Existenz sichere. Naturschutz sei, so die krude Ideologie, neben der »Rassenhigiene« die wichtigste Maßnahme für den »arischen Rassenerhalt«.

Für diese abstoßende Position brauchte die große Mehrheit der Wissenschaftler nicht nach 1933 gleichgeschaltet zu werden, sie engagierte sich aus freien Stücken für die Eroberungs- und Vernichtungspolitik des NS-Regimes. Zu dem Grundverständnis der Naturschützer gehörte, die deutsche Heimatkultur dauerhaft vor den angeblichen Verunstaltungen der »liberalistischen« Weimarer Republik zu schützen. Das RNG sollte der Festigung der Volksgemeinschaft dienen und trug eine urnationalistische Weltanschauung in sich. Von Anfang an gehörte es zur bössartigen Propaganda der NSDAP, die deutsche Landschaft und die deutsche Heimat zu einer wichtigen Grundlage ihrer Ideologie zu machen, auch in einem engen Zusammenhang mit Rassismus und Antisemitismus. Das war die Auffassung der führenden Naturschützer im Dritten Reich. In der Konsequenz begrüßten sie 1933 geradezu euphorisch die Machtergreifung der Nazis.

Nach 1945 wurden die Tätigkeiten der Naturschützer rein als »zeittypisch« abgetan. Tatsächlich gab es starke personelle und inhaltliche Kontinuitäten im völkischen Naturschutz, was in weiten Teilen auch für die DDR galt. Noch 2016 gab es eine »ideologiefreie« Einordnung von Reinhard Piechocki ausgerechnet in der Zeitschrift des Bundesamtes für Naturschutz, in dessen Beitrag die Zeit von 1933 bis 1939 als die Jahre beschrieben wurden, die dem Naturschutz eine »naturwissenschaftliche Fundierung« gegeben hätten.

Zu den allerdunkelsten Kapiteln der zwölfjährigen NS-Politik gehörte auch das Verhalten der Naturschutzver-

bände, die sich den neuen Machthabern ohne zu zögern an die Brust warfen. Der Alpenverein führte in einigen Bereichen schon 1923 den sogenannten Arierparagrafen ein, der jüdische Mitbürger und Mitbürgerinnen aus seinen Einrichtungen ausschloss. Die Reichsvogelmutter Lina Hähnle schmetterte bei der Machtergreifung »ein sieghaftes Heil auf unseren Volkskanzler« und bot sofort »die freudige Gefolgschaft des Bundes« an. Für seine Unterwerfung wurde der Reichsbund Vogelschutz, Vorläufer des heutigen NABU, mit einer Monopolstellung belohnt, der sich andere Organisationen im Naturschutz unterordnen mussten. Auch der Bund Naturschutz in Bayern frohlockte: »Keine Zeit war für unsere Arbeit so günstig wie die jetzige unter dem Hakenkreuzbanner der nationalen Regierung.«

Zuvor waren die Naturschutzverbände mit ihren Naturschutzanliegen in den 20er Jahren mehrfach vor allem am Widerstand der Bauern gescheitert. Doch der Naturschutz war nun Staatsangelegenheit. Die Naturschutzverbände hatten keine Mühe, sich in das neue System einzuordnen. Die Ausnahme waren nur die Naturfreunde, die trotz einiger taktischer Versuche der Reichsleitung, das Verbandsvermögen zu sichern, unmittelbar nach Hitlers Machtübernahme verboten wurden. Die Naturfreunde gingen aus der Arbeiterbewegung hervor, gegründet 1895 vom späteren österreichischen Staatspräsidenten Karl Renner und anderen. Sie zahlten für ihren Widerstand gegen Krieg und Nationalsozialismus einen hohen Blutzoll.

Einordnung in politische und gesellschaftliche Zusammenhänge

Die ökologischen Herausforderungen unserer Zeit vom anthropogenen Klimawandel bis zur Überschreitung planetarischer Grenzen sind Herausforderungen für die gesamte Menschheit. Es reicht nicht, sie als Ergänzung heutiger Politik und Kultur zu verstehen. Sie verlangen grundlegende Antworten, die über das Bestehende weit hinausgehen. Sie verlangen eine grundlegende Transformation unserer Art zu leben und zu wirtschaften. Und

das ist nur auf einer sozialen und demokratischen Basis möglich.

Die AfD, die Umweltpolitik als Heimatschutz versteht, leugnet sowohl die Herausforderungen als auch die notwendigen Konsequenzen. Sie will dennoch, um die Unzufriedenen in unserem Land für die Rechtspartei zu gewinnen, den Naturschutz zum dritten Schwerpunkt ihrer Politik machen. Damit knüpft sie an die rechtsextremen (»Vor«-)Denker der braunen Zeit an, indem sie die Hauptschuld für die Naturzerstörung den Zuwanderern gibt. Sie bringt die Umweltfrage in einen engen Zusammenhang mit den Migrationsfragen. Abschottung, Nationalismus und Rassismus sind auch hier die Motive der AfD, wie schon bei ihren ideologischen Paten aus der dunklen Vergangenheit. Alexander Gauland bezieht sich ausdrücklich auf Klages, Jünger und Heidegger.

Doch Umweltpolitik hat mit Blut und Boden nichts zu tun, mit Antisemitismus schon gar nicht. Was eine solche reaktionäre Orientierung bedeuten kann, hat die Geschichte mit vielen Millionen Opfern schmerzlich gezeigt. Die AfD betreibt ein Spiel mit dem Feuer, das zum Flächenbrand werden kann.

Wir und sicher auch die gesamte Umweltbewegung haben mit dieser braunen Ideologie nichts zu tun. Wir setzen strikt auf das Gegenteil – auf mehr Demokratie, auf mehr Gerechtigkeit und auf mehr soziale Emanzipation. Wir lassen es nicht zu, die Erfahrungen der Geschichte zu verdrängen und gar zu vergessen. Was uns eint, ist die Leitidee der Nachhaltigkeit, die nur auf der Basis des ökologischen Umbaus mit wirtschaftlichen Innovationen, sozialer Gerechtigkeit und mehr Demokratie möglich wird.

*Dieser Text ist zuerst in **Frankfurter Hefte** Ausgabe 1/2 2020 erschienen.*

Die DDR als Heimat. Geschichte einer Desillusionierung

VON ARTHUR SCHLEGELMILCH

Ein Blick auf die deutsche Geschichte macht deutlich, dass es einen eindeutigen und stabilen Heimatbegriff niemals gegeben hat. So folgten der »Seelenheimat« der Romantik deren nationalpolitische Aufladung durch den Liberalismus bzw. die – vor allem gegen die politische Arbeiterbewegung gerichtete – Machtstaatspropaganda von »Heimat und Vaterland« zu Kaisers Zeiten. Einen dramatischen Einschnitt und Wendepunkt stellte wiederum die Gleichsetzung von Heimat und rassistisch-biologischer Volksgemeinschaft durch das NS-Regime dar, dem wiederum die eskapistische »Heimattümelei« der Adenauerzeit als nur scheinbar unpolitisches Gegenmodell auf dem Fuß folgte. Demgegenüber propagierte die DDR ein Heimatkonzept, das nicht nur eine moralisch überlegene Form des Zusammenlebens vorsah, sondern auch das Ideal einer vollständig intakten Kulturlandschaft verkörperte. »Erst der Sozialismus in der DDR bringt ein neues, schöpferisches und wahrhaft menschliches Heimatbewusstsein hervor«, formulierte im Jahr 1962 Karl Czok, einer der Vordenker und Begründer der sogenannten marxistischen Regionalgeschichte.

Heimatkonzepte

Dem Wirken Czoks und einiger führender Kulturbundfunktionäre wie Karl Kneschke oder Erik Hühns war es zu verdanken, dass der sozialistische Heimatbegriff im Laufe der 1960er Jahre geschärft und auf eine breitere gesellschaftliche Basis gestellt werden konnte. Hatte man sich anfangs noch ganz auf die Förderung einer proletarischen Volks- und Heimatkultur im Zeichen des »Aufbaus des Sozialismus« konzentriert und die Aktivitäten der traditionellen Natur- und Heimatfreunde allenfalls als Übergangsphänomen angesehen, kam mit der sich nun durchsetzenden Unterscheidung zwischen »kleiner« (»engerer«) und »großer« (»weiterer«) Heimat eine Kompromissformel zur Anwendung, die den Handlungsspielraum der Akteure auf lokaler und regionaler Ebene spürbar vergrößerte und das angestrebte Zusammenwachsen von alter und neuer Heimatliebe auf einen – nicht näher bestimmbar – späteren Zeitpunkt verlagerte.

In etwa zur gleichen Zeit, Ende Januar 1960, äußerte Kurt Hager im Rahmen eines Vortrages an der Leipziger Karl-Marx-Universität die Auffassung, dass in der DDR bereits gelungen sei, die »objektiven Grundlagen des Gegensatzes zwischen Individuum und Gemeinschaft« aufzuheben. Hagers Referat erwies sich im weiteren Verlauf als Ausgangspunkt einer großen Gemeinschaftskampagne, die unter dem Leitmotiv der »sozialistischen Menschengemeinschaft« vor allem in den letzten Jah-

ren der »Ära Ulbricht« Fahrt aufnahm und im Rahmen der Entstehung der neuen DDR-Verfassung vom 9. April 1968 eine wichtige Rolle spielen sollte. Laut Artikel 18 der »Ulbricht-Verfassung« sollte die »sozialistische Menschengemeinschaft« das Hauptziel künftiger Kulturarbeit bilden.

Nach Ulbrichts erzwungenem Rücktritt im Jahr 1971 verschwand nicht nur der Menschengemeinschaftstopos aus der Öffentlichkeit, auch stellten sich Änderungen im Verhältnis zwischen »großer« und »kleiner« Heimat ein. An die Stelle eines in absehbarer Zukunft zu erwartenden Überganges zur klassenlosen Gesellschaft trat der »real existierende Sozialismus« als Dauerzustand. Als Konsequenz verminderte sich der Druck auf die Heimataktivitäten an der Basis, denen keine explizit sozialistische Begründung mehr abverlangt wurde. Mit der Erweiterung und Differenzierung des Geschichtsverständnisses der DDR im Rahmen der Diskussion um »Tradition und Erbe« ergab sich darüber hinaus die Möglichkeit, den Bereich der regional- und heimatgeschichtlichen Forschung zu vertiefen und weiter auszubauen. Damit einher ging die stärkere Beachtung, ja sogar Förderung von Brauchtum und Folklore im regionalen und lokalen Kontext, die für das Heimatverständnis weiter Teile der DDR-Bevölkerung zunehmend prägend wurde. Demgegenüber geriet die Dimension der »großen« Heimat immer mehr zur Fassade.

Desillusionierungen

Man kann in dem Prozess zunehmenden Substanzverlustes des sozialistischen Heimatkonzeptes zugunsten subjektiver und individueller Positionsbestimmungen einerseits in gewisser Weise einen Akt bürgerschaftlicher Emanzipation auf dem langen Weg zur »friedlichen Revolution« von 1989 erblicken. Andererseits verbanden sich damit auch Phänomene des Eskapismus und der Nischengesellschaft, die das SED-Regime – ungewollt – stabilisierten. Für diejenigen, die an die sozialistische Idee und die DDR glaubten oder zumindest einmal geglaubt hatten, war es in jedem Fall eine enttäuschende Entwicklung. [...]

Nach dem Willen der SED sollte sich das Zusammenwachsen von »kleiner« und »großer« Heimat vor allem am Arbeitsplatz bzw. auf betrieblicher Ebene vollziehen. Während der »bürgerlichen Heimatideologie« vorgeworfen wurde, zwecks Verschleierung des Ausbeutungsverhältnisses »von der Produktionssphäre zu abstrahieren«, würde im Volkseigenen Betrieb »wesentlich bestimmt [werden], was wir Heimat nennen«. Damit befand man

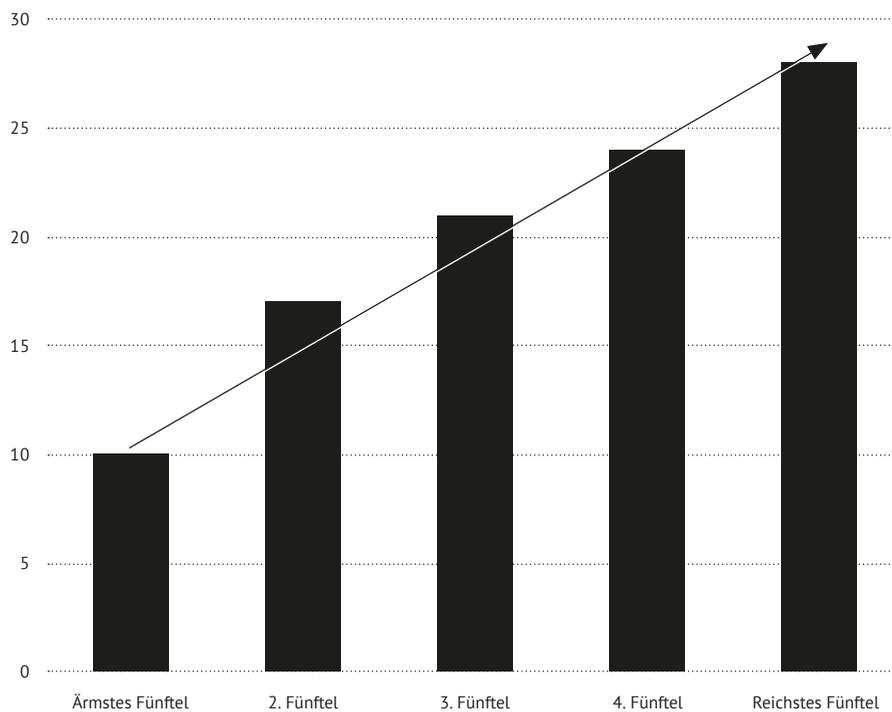
sich zwar im Einklang mit der marxistischen Theorie, setzte allerdings die sozialistische Heimatidee der Gefahr aus, auf die »kontinuierliche Erfüllung und gezielte Übererfüllung des Planes« einschließlich der sich für die Umwelt daraus ergebenden Kosten reduziert zu werden. Für jedermann offensichtlich war dies in den Industrie-, Braunkohle- und Uranabbaurevieren der DDR der Fall. Von einem harmonischen Ineinandergreifen von engerer und weiterer Heimat konnte hier mitnichten die Rede sein. [...]

Große Teile der ostdeutschen Bevölkerung zeigten sich erstaunlich lange bereit, die Folgen der naturverschlin-

genden Industriepolitik der SED zu ertragen und den damit verbundenen Verlust an »kleiner Heimat« schweigend hinzunehmen. [...] Eine öffentliche Diskussion über das Problem wurde freilich nach wie vor verweigert. Wer dennoch wagte, auf Missstände und Umweltzerstörungen öffentlich aufmerksam zu machen, riskierte, zum Objekt geheimdienstlicher Aktivitäten zu werden.

*Dieser Artikel erschien erstmalig in der Zeitschrift **Indes**, Heft 4/2018. Die auszugsweise Veröffentlichung des Artikels erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors.*

CO₂-Verbrauch in Prozent



Die Klimakrise ist eine soziale Frage

Aktionen der DDR-Umwelt-Bewegung

Glaubt man den offiziellen Darstellungen der SED-Führung, gibt es in der DDR bis 1989 keine gravierenden Umweltprobleme. Smog, Waldsterben und sauren Regen kennen die DDR-Bürger nur aus dem Westfernsehen. Doch es genügt ein Blick vor die eigene Haustür, ein Gang durch den Betrieb oder ein Ausflug ins Erzgebirge, um zu begreifen, dass die DDR-Regierung auch bei der Umweltzerstörung verschweigt, vertuscht und lügt.

Besonders erschreckend ist das Ausmaß der Zerstörung beim Uranbergbau und im Chemiedreieck Halle-Leipzig-Bitterfeld durch die Chemiewerke und den Kohleabbau. Verschmutzte Seen und Flüsse, kahle Wälder und Mondlandschaften sind die nicht zu übersehenden Folgen der desaströsen DDR-Wirtschaft.

Mondlandschaften, Kloaken und Chemiecocktails

Die einzige offizielle Organisation in der DDR, die sich ansatzweise mit der Umwelt auseinandersetzt, ist die Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR. Mit staatlicher Förderung ausgestattet, beschränkt sich deren Arbeit aber auf die Pflege der wenigen Naturschutzgebiete, aufs Bestimmen von Schmetterlingen und das Zählen von Fröschen. Eine politische Dimension erlangt ihre Arbeit nicht, und Umweltprobleme werden hier bestenfalls in kleinem Kreis diskutiert. Vor diesem Hintergrund haben die Aktionen der DDR-Umweltbewegung vor allem zwei Ziele: die unhaltbaren Zustände öffentlich zu machen und Bürger zu aktivieren, selbst etwas für den Schutz ihrer Umwelt zu tun.

Innerhalb der Kirche etabliert sich eine eigenständige Umweltbewegung mit dem christlichen Motiv, die Schöpfung zu erhalten. Informations- und Dokumentationszentrum ist das Kirchliche Forschungsheim Wittenberg, das Umweltaktivitäten koordiniert, systematisch Umweltprobleme erforscht und in zahlreichen Publikationen Anleitungen zum Umweltschutz für die Aktivitäten kleinerer Gruppen im ganzen Land herausgibt.

Zu den häufigsten Aktionsformen der Gruppen gehören Demonstrationen, Fahrradkorsos, Ökologie-Seminare, Informationsveranstaltungen und nicht zuletzt der aktive Einsatz vor Ort, zum Beispiel bei einer Baumpflanzaktion. Immer ist das Hauptziel, so viele Menschen wie möglich zu mobilisieren.

Eine für die Verhältnisse beachtliche Resonanz erreicht der Einsatz dreier 17-jähriger Schüler aus Schwerin, die

1979 die erste Baumpflanzaktion starten. Jörn Mothes, Nikolaus Voss und Olaf Naasner organisieren in der Evangelischen Jugendarbeit ein Umwelt-Wochenende mit Vorträgen und einer Aktion, bei der 50 Jugendliche etwa 5.000 Bäume entlang einer Straßenbahnlinie in Schwerin pflanzen. (Wie Christian Halbrock im Zeitzeugen-Interview berichtet, wollen die Jugendlichen aktiv sein, auf die Straße gehen und nicht nur Eingaben verfassen.) Der Kontakt zur Bevölkerung ist gut, und es bietet den Aktivisten einen gewissen Schutz, wenn die Bürger auf Verhaftungen mit Empörung reagieren. Warum führt man junge Leute ab, die etwas für die Umwelt tun?

Verbrecherische Verschleierungstaktik in Sachen Strahlung

Zu einem zentralen Anliegen der Umweltschützer wird der Kampf gegen die Atomkraft. Nach dem GAU in Tschernobyl am 26. April 1986 erfahren die DDR-Bürger nur über die Westmedien von der Katastrophe, die Ostmedien vertuschen die Ereignisse.

Die Kirchenführung reagiert empört auf das Informationsdefizit in den DDR-Medien nach dem Tschernobyl-Unfall. Schließlich erkennen viele Bürger die wahren Gefahren der Verstrahlung nicht – und können sich nicht schützen. Diese Diskussion führt zu einer verstärkten Sensibilisierung der Bevölkerung für Umweltthemen.

Um dem eklatanten Mangel an Aufklärung und Kommunikation abzuwehren und das Informationsmonopol des Staates zu unterwandern, gründen Christian Halbrock, Wolfgang Rüdtenklau und Carlo Jordan 1986 mit Gleichgesinnten die Berliner Umwelt-Bibliothek (UB). Sie ist die erste dieser Art in der DDR. Diese und das 1988 aus der UB hervorgehende Grün-ökologische Netzwerk Arche werden zu Zentren der oppositionellen Umweltarbeit.

Quelle: »Aktionen der DDR-Umwelt-Bewegung«,
hrsg. v. Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-
Havemann-Gesellschaft e. V., letzte Änderung Dezember 2019,
www.jugendopposition.de/145389

Die Internetseite www.jugendopposition.de ist eine Kooperation der
Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. und der Bundeszentrale für
politische Bildung.

»Naturschutz ist Heimatschutz«

Ökologie als Thema der extremen Rechten
von den 1950er Jahren bis heute

VON VUCIUS TEIDELBAUM

Teile der extremen Rechten beschäftigen sich schon länger mit dem Thema Ökologie. Neben Parteien und Organisationen, die Umwelt-themen phasenweise aufgriffen, existierte immer auch eine (extreme) Rechte, für die das Thema grundlegend war und ist: Die ökologische Rechte. Zumindest bei Letzteren verfängt der Vorwurf nicht, ein populäres Thema nur aus Eigennutz aufzugreifen. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass Ökologie lange Zeit eher konservativ und teilweise auch völkisch geprägt war, auch wenn sich daneben noch weitere Wurzeln ausgraben lassen. Vorläuferin der heutigen Ökologie-Bewegung war die Heimatschutz-Bewegung, inspiriert unter anderem vom völkischen Schriftsteller Hermann Löns. Mit »Heimatschutz« war der Schutz der vertrauten – nicht nur natürlichen – Umwelt gemeint. Zum Heimatschutz werden neben dem Naturschutz auch der Landschaftsschutz, der Denkmal- oder der Traditionsschutz gezählt. Die ab den 1890er Jahren entstehende und völkisch durchsetzte Lebensreformbewegung verzahnte sich stark mit dieser Heimatschutzbewegung. Gemeinsamkeiten lagen im Antimodernismus, der Großstadt- und Technik-Feindlichkeit einerseits und dem verklärten und romantisierten Blick auf Land und Wald. Gerade der deutsche Wald wurde von den Germanentümer*innen mythisch aufgeladen. Inhaltliche Fortführungen dieser Einstellungen existieren bis heute. Der Nationalsozialismus integrierte die völkischen und die bürgerlichen Naturschützer*innen in seine Herrschaft. Auch die bürgerlichen Verbände wie der »Bund für Vogelschutz« vollzogen widerstandslos ihre »Arisierung« und ihre Gleichschaltung nach dem Führer-Prinzip. Nach 1945 kam es, wie in anderen Bereichen auch, zu personellen Kontinuitäten vom Nationalsozialismus und den völkischen Lebensreformer*innen aus der Weimarer Republik in die junge Bundesrepublik. Werner Georg Haverbeck (1909–1999) ist dafür ein anschauliches Beispiel. Der Pfarrer der anthroposophischen Christengemeinschaft konnte auf eine lange NS-Karriere zurückblicken. Er war NSDAP-Mitglied seit 1926, ab 1929 Mitglied in der HJ-Reichsleitung und half Rudolf Heß, mit dessen 1933 gegründetem »Reichsbund Volkstum und Heimat« (RVH), die Kontrolle über die Naturschutzbewegung zu gewinnen. 1934 fiel Haverbeck einem internen Machtkampf zum Opfer und wurde kaltgestellt. Später begann er eine zweite Karriere in der Wissenschaft und arbeitete ab 1940 beim Auswärtigen Amt. Im Jahr 1963 gründete er zusammen mit seiner späteren Ehefrau Ursula Wetzels, derzeit wegen Volksverhetzung inhaftiert, den Verein »Collegium Humanum« (CH) als »Akademie für Umwelt und Lebensschutz« in Vlotho in NRW. Diese

avancierte bis zum Verbot im Mai 2008 zu einem extrem rechten Zentrum mit dem Schwerpunkt Holocaustleugnung. »Lebensschutz« wurde als Oberbegriff für Naturschutz, Tierschutz und Menschenschutz verstanden, der auch eine Art »Völkerschutz« mit beinhalten. Die Sorge um die »Volks Gesundheit« führte auch zur Ablehnung von Atomkraftwerken, da sie das gesunde deutsche Erbgut schädigen könnten und im schlimmsten Fall einen »atomaren Volkstod« verursachen würden. Von 1974 bis 1982 war Haverbeck Präsident des rechts-ökologischen »Weltbunds zum Schutz des Lebens« in Deutschland (WSL-D), der von 1960 bis 2001 existierte. In der Vorphase der Gründung der Grünen wirkten Haverbeck und der WSL-D auf die nationalneutralistische Partei »Aktion Unabhängiges Deutschland« (AUD) ein, die später mehrheitlich in den Grünen aufging. Haverbeck wurde 1979 sogar Berater für Umweltschutzfragen des damaligen SPD-Ministers Egon Bahr. Doch Haverbeck war kein Einzelfall. Die 1961 formulierte »Grüne Charta von der Mainau« gilt heute als Gründungsdokument des bundesdeutschen Natur- und Umweltschutzes. Einer Untersuchung der Universität Mainz von 2014 zufolge waren etwa 68 Prozent der an der Charta beteiligten Personen in unterschiedlicher Weise im NS-Regime organisiert. In der Nachkriegszeit war das Thema Ökologie längere Zeit kein gesellschaftlich relevantes. Der Startpunkt der neuen Umweltschutzbewegung wird häufig mit dem »Club of Rome«-Bericht von 1972 in Verbindung gebracht. Diese neue Umweltbewegung ab den 1970er Jahren war im Gegensatz zu ihrer Vorläuferin eher links dominiert, auch wenn es von Anfang an eine rechte Minderheit gab, die sich den gleichen Inhalten widmete. Diese Verhältnisse lassen sich gut am Beispiel der Grünen Partei nachvollziehen.

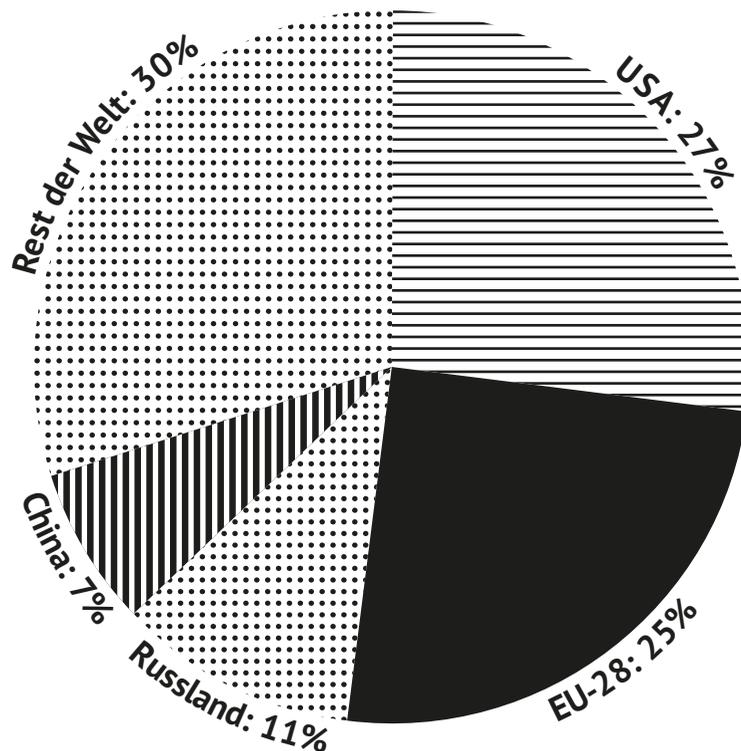
Die Geschichte der Grünen Partei und ÖDP

An der Wiege der Grünen, die damals der parlamentarische Arm starker Bürgerbewegungen war, standen auch (extreme) Rechte und Rechtskonservative. Darunter waren christliche Wertkonservative, Anhänger*innen des christlichen »Schöpfung Bewahren«-Gedankens, Nationalpazifist*innen und Nationalneutralist*innen und sogar »Nationalrevolutionäre«. Der in dem Motto »Nicht links, nicht rechts, sondern vorne« formulierte postideologische Anspruch machte die 1980 gegründete Partei anfällig für eine rechte Beteiligung. Ein Beispiel war Baldur Springmann (1912–2003). Der völkische Ökobauer gehörte 1978 zu den Mitbegründern der »Grünen Liste Schleswig-Holstein« (GLSH) und war 1980

Mitbegründer der Grünen. Springmann trat noch kurz vor seinem Tod im August 2003 auf dem Pressefest der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« auf. Ein anderer rechter Gründungsvater der Grünen war Herbert Gruhl (1921–1993). Sein Buch »Ein Planet wird geplündert« von 1975 hat die Ökologie-Bewegung stark beeinflusst. Es beschreibt die Endlichkeit der Ressourcen auf der Erde, beinhaltet aber auch menschenverachtende Positionen gegen die Bewohner*innen des globalen Südens. Gruhl war von 1975 bis 1977 Vorsitzender des wichtigen Umweltschutzverbandes BUND. Das ehemalige CDU-Mitglied Gruhl verfolgte einen rechten, schein-

Gegensatz zu Gruhl von der Partei »Die Republikaner« abzugrenzen. Im Februar 1989 beschloss der ÖDP-Parteitag eine Abgrenzung zur NPD und den Republikanern. Darauf traten Gruhl und der rechte Flügel aus. Als ÖDP-Rechtsabspaltung gründeten sich 1991 die überparteilichen »Unabhängigen Ökologen Deutschlands« (UÖD). In der UÖD-Grundsatzerklärung heißt es: »Nur wer sein eigenes Land liebt und pflegt und den Reichtum der Sprachen, Ethnien und Kulturen vor Zentralismus und multikultureller Vermassung schützt, achtet auch die Heimatliebe anderer Völker.« Doch auch die UÖD löste sich 2001 auf. Als »de facto«-Nachfol-

CO₂-Emissionen von 1960 bis 1989



Datenquelle: www.globalcarbonatlas.org

Die Klimakrise ist eine Frage der globalen Gerechtigkeit

bar ökologisch begründeten Kurs, der sich im Inland gegen Geflüchtete und im Ausland gegen ärmere Länder im Süden richtete. Doch damit konnte sich Gruhl innerhalb der Grünen nicht durchsetzen. Im Oktober 1981 verlor der rechte Parteiflügel endgültig den innerparteilichen Kampf und verließ mehrheitlich die Partei. Gruhl gründete 1982 mit Gleichgesinnten eine eigene Partei, die »Ökologisch-Demokratische Partei« (ÖDP), die bis heute als christlich-konservative Alternative zu den Grünen besteht. Der bereits erwähnte Haverbeck wurde 1982 wissenschaftlicher Berater und Mitglied im »Ökologischen Rat« der Partei. Die ÖDP wurde 1982 bis 1989 entscheidend von Gruhl programmatisch beeinflusst. Doch es entstand erneut ein innerparteilicher Konflikt, aufgrund der Versuche der Mehrheit, sich im

gerin existiert heute noch die 1999 gegründete rechts-ökologische »Herbert-Gruhl-Gesellschaft« (HGG), die allerdings kaum mehr wahrnehmbar, aber trotzdem noch aktiv ist.

Grünfärbung der Braunen: Ökologische Inhalte bei extrem rechten Parteien

Mit dem Aufkommen der ökologischen Frage in den 1970er Jahren bemühten sich extrem rechte Parteien, ihr Programm inhaltlich entsprechend zu erweitern. So versuchten beispielsweise »Die Republikaner«, sich als grüne Partei zu inszenieren. Tatsächlich war in den 1980er Jahren die Ablehnung der Kernenergie eines ihrer wichtigsten Wahlkampfthemen. Sie forderten, kei-

ne neuen Atomkraftwerke zuzulassen und alternative Energiequellen zu fördern. Auch die NPD entdeckte schon früh ihre Naturliebe, die aber natürlich immer eine »Blut und Boden«-Ökologie blieb. Sie griff ökologische Themen auf und interpretierte sie völkisch und nationalistisch (»Umweltschutz ist Heimatschutz!«). Die Partei nahm das Thema 1973 im Abschnitt »Volksge-sundheit und Umweltschutz« in ihr neues »Düsseldorfer Programm« auf. Sie forderte, mittels ökologischer Bildung die »Volksge-sundheit« der Deutschen zu erhalten. Im Jahr 1979 trat die NPD zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz sogar als »Grüne Liste« an. Bis heute wendet sich die NPD in ihren Programmen gegen Gentechnik in Lebensmitteln sowie gegen Massentierhaltung und Tierversuche. Im Bereich Tierschutz instrumentalisieren extrem rechte Parteien vor allem das »Schächten« als Thema gegen die muslimische und jüdische Minderheit. »Anti-Schächten« war bereits seit 1925 ein Programmpunkt der NSDAP. Später übernahmen NPD, DVU, Republikaner und zuletzt auch die AfD diese Forderung in ihre Programme.

Sorge um den deutschen Wald

Auch vom außerparlamentarischen Spektrum gab es immer wieder Versuche, Einfluss auf die ökologische Bewegung auszuüben. So versuchte das bis 2002 erscheinende nationalrevolutionäre Magazin »wir selbst« immer wieder, inhaltlich an die ökologische Bewegung anzuschließen. Auch rechte Neuheid*innen, die völkische Ludendorffer-Sekte, völkische Bündische wie der Freibund, reaktionäre Naturmystiker*innen oder Anhänger*innen des Zinskritikers Silvio Gesell (1862–1930) engagierten sich in der Öko-Szene. Daneben widmen sich immer wieder auch einzelne Kameradschaften ökologischen Themen. So gab es etwa um 2006 bei den »Autonomen Nationalisten« eine Gruppe namens

»Nationale Sozialisten AK Tierrecht« in Baden-Württemberg, die aber mit ihrem Veganismus in der Neonazi-Szene eine Minderheitsposition vertrat. Immer wieder wurde unter dem Primat »Alle für die Natur!« von extremen Rechten versucht, im Bereich Ökologie Querfronten anzustoßen. Natur- und Umweltschutz diente Rechten immer auch als Legitimierung für eine rassistische Bevölkerungspolitik. Dabei wurden Geflüchtete zum Symbol für Überbevölkerung und Umweltverschmutzung. Im rassistischen »Heidelberger Manifest« von 1981 hieß es etwa in der ersten Fassung: »Die Rückkehr der Ausländer in ihre angestammte Heimat wird für die Bundesrepublik Deutschland als eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt, nicht nur gesellschaftliche, sondern auch ökologische Entlastung bringen. »Neben den rechten Einflussnahmen von außen oder den rechtsökologischen Gruppen und Einzelpersonen gibt es aber auch bedenkliche Einstellungen in der ökologischen Mitte: Die Befürwortung von autoritären Maßnahmen zum Schutz der Natur, das Feindbild Mensch verbunden mit einer Überbevölkerungsprophetie und daraus resultierende menschenverachtende Einstellungen wie Sympathie für Aids und Krieg auf Trikont. Es ist stets daran zu erinnern, dass Ökologie nicht an sich links oder rechts, aber sinnvoll mit linken Theorien (Antikapitalismus) und linken Grundeinstellungen (Kosmopolitismus) verbunden werden kann und sollte. Umweltschutz als Heimatschutz ist dagegen sehr begrenzt, da er sich vorwiegend um den deutschen Wald sorgt und sich den notwendigen globalen Perspektiven verweigert.

*Dieser Text ist zuerst im antifaschistischen Magazin **der rechte rand** Ausgabe 181/2019 erschienen.*

Die Klimakrise und die Rechten

Beim Klimathema kommt die IB ins Schwitzen

VON PIT REINESCH UND FABIAN JELLONNEK

Einer dieser Köpfe aus dem Spektrum der »Identitären« stellt sich selbst als »Phänomenologe« und »Philosoph« vor. Er sitzt auf einem Klappstuhl vor einer braunen Schrankwand in einem unaufgeräumten Zimmer und wagt sich an das große Thema der Stunde heran. »Outdoor Illner«, YouTuber der »Identitären Bewegung« (IB), spricht über den Klimawandel. Nicht im Kleinen, wie er betont, nein, er will das ganz große Rad drehen. Groß dürfte bei seinen Anhänger*innen die Überraschung sein, wenn sie hören, dass ihr YouTube-Idol tatsächlich sagt, dass es den Klimawandel gebe und er menschengemacht sei. Vorsorglich fügt der Trierer gleich an, man möge ihn doch bitte in den Kommentaren nicht mit Argumenten behelligen. Er scheint zu ahnen, dass im rechten Lager gerade andere Töne gespielt werden. Der Rest des Videos ist angesichts der Relativierung der eingangsgemachten These weniger überraschend. »Irre« sei es, angesichts des Klimawandels von einer Bedrohung für den Fortbestand der Menschheit zu sprechen: »Ihr könnt doch nicht ernsthaft glauben, dass so ein paar Flutwellen uns ausrotten« verkündet der Mann im Klappstuhl. Trotzdem sei Umweltschutz ein rechtes Thema, schließlich gehe es um die Heimat.

Die ethnokulturelle Identität erhalten

Diese Verknüpfung ist im rechten Lager nicht unbekannt, die Formel »Umweltschutz gleich Heimatschutz« kennt man von NPD und Co. Dabei werden historische Bezüge auf rechte und völkische Wurzeln des Umweltschutzes genutzt. Auch die Identitären beziehen sich in diesem Sinn auf Umweltschutz. So veröffentlichte Martin Sellner bereits 2014 ein Video unter dem Titel »Umweltschutz ist identitär«, in dem er behauptet, der Umweltschutz sei von »Internationalisten und Marxisten gekapert und zu dem suizidalen Monster gemacht« worden. Im Video versucht er die Verknüpfung von Ethnopluralismus mit Umweltschutz: »Umweltschutz war und ist Heimatschutz. Landschaft, Kultur, Tiere und Menschen bilden eine Lebenswelt, die man nicht willkürlich trennen kann. Wer unsere Umwelt und Tierarten erhalten will, der muss auch unsere ethnokulturelle Identität erhalten.« In dieser Ansicht offenbart sich zum einen, dass das identitäre Verständnis von Umweltschutz

über Landschaftsschutz nicht wirklich hinausgeht und mit moderner Ökologie nicht viel gemein hat. So ist beispielsweise die Selbstdarstellung als Naturromantiker ein beliebtes Motiv in Social-Media-Auftritten von Identitären. Indem die Migration von Menschen mit der von Tieren gleichgesetzt wird, ist die Aussage von Sellner zum anderen auch eine Anspielung auf biologischen Rassismus. Diese Parallelen finden sich beispielsweise auch häufig in parlamentarischen Anfragen der AfD zu »invasiven Arten«. So ist das Thema Umweltschutz für die »Identitären« im Endeffekt vor allem ein Vehikel, um ihre rassistischen Ansichten zu verbreiten.

Fokus auf den »menschengemachten Bevölkerungswandel«

Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass sich die Identitären mit dem Thema Klimawandel, das einer globalen Lösung bedarf, schwertun. Dabei scheinen bei ihnen Konflikte taktischer und inhaltlicher Art eine Hemmschwelle zu bilden, Klimawandel zu thematisieren. Zum einen berührt dies die Frage, inwiefern man den Klimawandel thematisieren soll und welches Framing man diesbezüglich nutzen will. Zum anderen stellen sich Identitäre die Frage, wie sie sich auf die Klimabewegungen beziehen wollen. Denn auch wenn man den Klimawandel selbst nicht leugnet, scheint man nicht gewillt zu sein, den Unmut rechtspopulistischer Klimawandelleugner auf sich zu ziehen. In einem Video vom 3. Juni 2019 unter dem Titel »7 Fragen & Antworten zu Klima, Umweltschutz & Rezo« meinte Sellner, es gebe zum Thema Klimawandel eine »Pluralität an Meinungen« bei den Identitären. Weil das Thema bereits so viel Aufmerksamkeit in den Medien habe, konzentriere man sich statt auf den menschengemachten Klimawandel lieber auf den »menschengemachten Bevölkerungswandel«. Hier zeigt sich, dass die Identitären versuchen, einen Vergleich zwischen den eigenen Ansichten und denen der Klimabewegung herzustellen. Das Ziel: die eigenen rassistischen Ansichten als legitime Diskurspositionen darzustellen und somit zu verharmlosen.

Eine weitere Strategie ist der Versuch, die Jugendbewegung Fridays for Future in den Ruch der Panikma-

che zu stellen. Nicht nur bei »Outdoor Illner« finden sich solche Narrative, sondern beispielsweise bei Martin »Lichtmesz« Semlitsch. Der Autor der neurechten »Sessession« möchte sich aber nicht festlegen, ob es den Klimawandel nun gibt oder nicht: »Ebensowenig habe ich eine endgültige Meinung zum »Klimawandel«, seinen Ursachen und seinen Auswirkungen [...]«. Anstatt diese Wissenslücke zu schließen und sich mit der Klimakrise auseinanderzusetzen, erinnert sich Semlitsch lieber an die 1980er Jahre und zitiert aus Texten über das Ozonloch und FCKW.

Anschauung statt Studien und Klimaprognosen

Eigentlich ein naheliegender Weg, schließlich arbeitete just in diesem Jahrzehnt der Soziologe Niklas Luhmann in seinem Buch »Ökologische Kommunikation« die entsprechende Argumentationskette schlüsselfertig aus: »Angstkommunikation ist immer authentische Kommunikation, da man sich selbst bescheinigen kann, Angst zu haben, ohne daß andere dies widerlegen können«, schrieb Luhmann damals auf. In den Händen der IB ist dieser Schlüssel genau der falsche. Schließlich baut ein Großteil ihrer Propaganda und Ideologie auf dem Moment der Angst, wie das Narrativ vom »Bevölkerungsaustausch« zeigt. »Wenn Angst kommuniziert wird und im Kommunikationsprozeß nicht bestritten werden kann, gewinnt sie eine moralische Existenz. Sie macht es zur Pflicht, sich Sorgen zu machen, und zum Recht, Anteilnahme an Befürchtungen zu erwarten und Maßnahmen zur Abwendung der Gefahren zu fordern«, erkannte der Soziologe Luhmann in seiner Kritik der Ökobewegungen der 80er Jahre. Obwohl sich die derzeit von jungen Menschen formulierten Ängste vor einer Klimakatastrophe auf wissenschaftliche Fakten stützen, raunt Semlitsch in seinem Text, »daß es mit der angeblichen wissenschaftlichen Unumstößlichkeit der Katastrophenprognosen nicht weit her ist.« Die Angstkommunikation der IB beruht dagegen einzig und allein auf einer völkisch-esoterischen Perspektive auf die Weltbevölkerung: »was wir Rechten als Hauptkenntnisquelle nutzen, ist eben nichts abstraktes, sondern die Anschauung«, meint »Outdoor Illner«. Abstraktes, das sind für ihn wissenschaftliche Studien und Klimaprognosen. Zwar ist Ängsten, laut Luhmann, grundsätzlich schwer argumentativ beizukommen. Die gefühlte Wahrheit von »Outdoor Illner« und Co. dürfte es dennoch schwerer haben als die Verweise auf die Wissenschaft von Fridays for Future.

Inhaltlich begründen viele der Identitären die vermeintliche Dringlichkeit ihrer Anliegen mit dem globalen Bevölkerungswachstum. Die anschließenden Ausführungen

offenbaren dabei nicht nur Zynismus, sondern auch den üblichen Rassismus der IB. Mitunter klingen in den Auseinandersetzungen mit dem Thema Klima auch antisemitische Verschwörungstheorien an. Beispielsweise wenn Semlitsch raunt, Greta Thunberg sei eine Schachfigur. Oder bei Martin Sellner, der in seinem Video sagt: »Die Umweltzerstörung wird begünstigt durch genau diese ortlosen globalen Megakonzerne für die ein Stück Land nicht mehr Heimat ist.«

Verharmlosung und Opferinszenierung

So erwartbar wie die unterschwellige Menschenfeindlichkeit finden sich in den Stücken der Identitären zum Klimawandel auch die üblichen Opferinszenierungen: Insbesondere bei Kommentaren zur Gruppierung Extinction Rebellion. Während die beiden Identitären Philip Thaler und Alex »Malenki« Kleine diese in ihrem Videoformat »Laut Gedacht« als Klimasekte beschimpfen, zieht Sellner auf Twitter einen Vergleich zwischen Extinction Rebellion und der IB: »Verfolge es mit Spannung und Interesse. Insbesondere was die gleichzeitige Kriminalisierung der Ideen & Aktionsformen bei der IB angeht.« Damit versucht Sellner auch eine Legitimierung der eigenen Positionen zu erreichen. Diese Verharmlosungsstrategie der IB wird auch von neurechten Medien aufgegriffen. So veröffentlichte der Twitter-Account der Zeitung »Junge Freiheit« beispielsweise eine Karikatur mit zwei Bildern von einem Demonstranten, der ein Schild mit dem Spruch »Wir wollen nicht aussterben« hochhält. Auf dem einen Bild trägt der Demonstrant ein Logo von Extinction Rebellion, auf dem anderen eines der »Identitären«.

Im letzten Viertel seines Videos wird »Outdoor Illner« nochmal grundsätzlich. Wer im Lager der aktuellen Klimabewegungen mitmache, sei auf dem Holzweg. Wer dagegen, »im rechten Lager mitmacht und die Massenmigration bekämpft [...] der ist auf dem richtigen Weg, selbst wenn er bei Überprüfung der Fakten Fehler macht, wenn er Blödsinn redet.« Um diese Logik zu verstehen, muss man wohl bei jenem extrem rechten Gesinnungskollegen Anleihen nehmen, der sich zu Lebzeiten als »promovierter Naturwissenschaftler« vorstellte: Dr. Axel Stoll. Der brachte, im Interview argumentativ am Ende, einst den Klassiker: »Das muss man natürlich wissen.«

*Dieser Text ist zuerst im antifaschistischen Magazin **der rechte rand** Ausgabe 181/2019 erschienen.*

Klimaleugnung mit Kalkül

VON LORENZ GÖSTA BEUTIN

Die AfD streitet den menschengemachten Klimawandel ab. Indem Zweifel an Wissenschaft und Demokratie gesät werden, sollen Umwelt- und Klimapolitik in Misskredit gezogen und Gesetze verhindert werden.

Alexander Gauland ist ein Populist, wie er im Buche steht. »Der Klimawandel ist politische Panikmache«, jede Politik dagegen »Irrsinn«. Wohin die Reise mit der Rechtsaußen-Partei geht, dafür reicht ein Blick auf die Karriere des AfD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden. Einst war der langjährige CDU-Funktionär persönlicher Berater und engster Vertrauter des ersten bundesdeutschen Umweltministers, Walter Wallmann.

1986 war die Regierung Kohl unter Druck geraten, weil sie keine Antworten auf die Tschernobyl-Katastrophe hatte, auch keine auf die Gefahren der Chemie-Industrie, auf verseuchtes Wasser, das Ozonloch, das Waldsterben, wie überhaupt auf ökologische Notwendigkeiten.

Die hastige Gründung des Umweltministeriums in dem Jahr 1986 sollte Handlungswillen zeigen und den Aufstieg der Grünen stoppen. Gaulands Chef war ein Umweltminister, der Umweltschutz verhindern sollte. Konzerne wie BASF und Bayer, die damals den Rhein mit Schadstoffen vollpumpten, sollten weitermachen dürfen mit ihren schmutzigen Geschäften. Umweltauflagen sollte Wallmann damals abwenden, statt sie einzuführen.

Für den Spiegel sollte Gaulands Chef damals den »Menschen die Angst vor dem Super-GAU ausreden, gleichzeitig aber die Politik auf Atomkurs halten«. Wallmanns Botschaft sei es gewesen, den Bürgern immer wieder klarzumachen, dass es zur Politik stetigen Produktionswachstums keine Alternative gibt. Die unvermeidlichen Umweltschäden werde die konservative Regierung schon ausbügeln.

Dank der Demokratie konnten Kohl, Wallmann und »sein treuer Diener« Gauland der Umweltpolitik nicht auf Dauer ihren Stempel aufdrücken. Heute gehören Klimaschutz und Klimagerechtigkeit zu den dringendsten Zukunftsthemen der Menschheit. Es geht um nicht weniger als die Rettung des Planeten.

Die Aufgabe von Politik ist die Gestaltung von Zukunft

Wollen wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen für uns und die kommenden Generationen bewahren, wollen wir eine gerechte Welt – und zwar für alle –, dann brauchen wir neue Ideen und neues Handeln: Wie sieht

der Wohlstand der Zukunft aus? Wie gute Arbeit? Wie erzeugen wir klimafreundlichen Strom? Wie sieht das Wohnhaus der Zukunft aus? Wie fahren wir in Zukunft in den Urlaub? Wie kommt die Wirtschaft raus aus Öl, Gas und Kohle?

Auf all diese Fragen liefert die AfD keine Antworten. Stattdessen wird der Klimawandel geleugnet, werden Umweltschützer als »Klima-Terroristen« beschimpft sowie der »Klimaterror der »Grüne Armee Fraktion« als »freiheitsfeindlich« und »demokratieschädigend« gebrandmarkt. Angstmache vor Veränderung, um weiter so zu wirtschaften wie bisher. Nach der Euro-Krise und der Flüchtlingsfrage hat die AfD darum jetzt die ökologische Frage als drittes Ziel zum demagogischen Abschluss freigegeben.

Zum Auftakt dazu startete die AfD-Bundestagsfraktion zuletzt eigens eine Filmreihe, um die Leugnung des menschlichen Einflusses auf das Klima unter die Leute zu bringen. Mit dem Titel des ersten Werks der schwarzen Anti-Öko-Propaganda – »Dieselmord im Ökowahn« – wird jedem klar, was da die nächsten Wochen und Monate an Fake News und Hetze auf uns zukommt. Gauland hat offenbar nicht vergessen, wie stark Umweltfragen polarisieren.

Jeder wirkliche Klimaschützer und jede wirkliche Klimaschützerin ist darum im Grunde links von der AfD zu verorten – an der Seite der Ausgebeuteten dieser Welt, der Frauen, die um Gleichberechtigung kämpfen, der Antifaschistinnen und Antirassisten, die sich gegen autoritäre Regime, Hass und Verfolgung zur Wehr setzen.

Und gegen einen AfD-Klimanationalismus, der die Menschen ohne Hilfe aussperren will. Diese Menschen verlassen ihre Heimat nicht nur wegen der Folgen einer ungerechten Handelspolitik auch Europas, sondern mehr und mehr fliehen sie vor den Folgen der Klimakrise, die gnadenlos zuerst im globalen Süden zuschlägt. Die Partei der Alternativlosen aber will zurück auf die nationale Insel.

Die AfD betreibt das Geschäft des Zweifels

Ihr Rollback macht auch vor der Umweltpolitik nicht halt. Im Bundestag stellten die Rechtspopulisten letzte Woche einen Antrag zur Energie- und Klimapolitik, der tiefblicken lässt. Der Forderungskatalog der Blauen läuft auf nicht weniger als eine Totalabwicklung sämtlicher Umwelt- und Klimaziele in Deutschland hinaus. Die Energiewende sei ein historischer Fehler, man müsse unverzüglich zurück zur Atomkraft.

Umweltschutz ist für die AfD »Heimatschutz«, ein alter Nazi-Slogan soll wieder salonfähig gemacht werden. Überall riechen die AfD-ler die große Weltverschwörung gegen Deutschland. Über Migration verfolge die Regierung den »Bevölkerungsaustausch«, hinter der Klimapolitik stehe eine geplante »Deindustrialisierung« des Landes.

So verrückt Derartiges klingt – ständig wiederholt, verfangen diese Lügen bei einem Teil der Bevölkerung. Denn die AfD betreibt das Geschäft des systematischen Streuens von Zweifel am gesellschaftlichen Konsens, sei es an der Wissenschaft, an der Demokratie, an der Politik oder an der Mitmenschlichkeit.

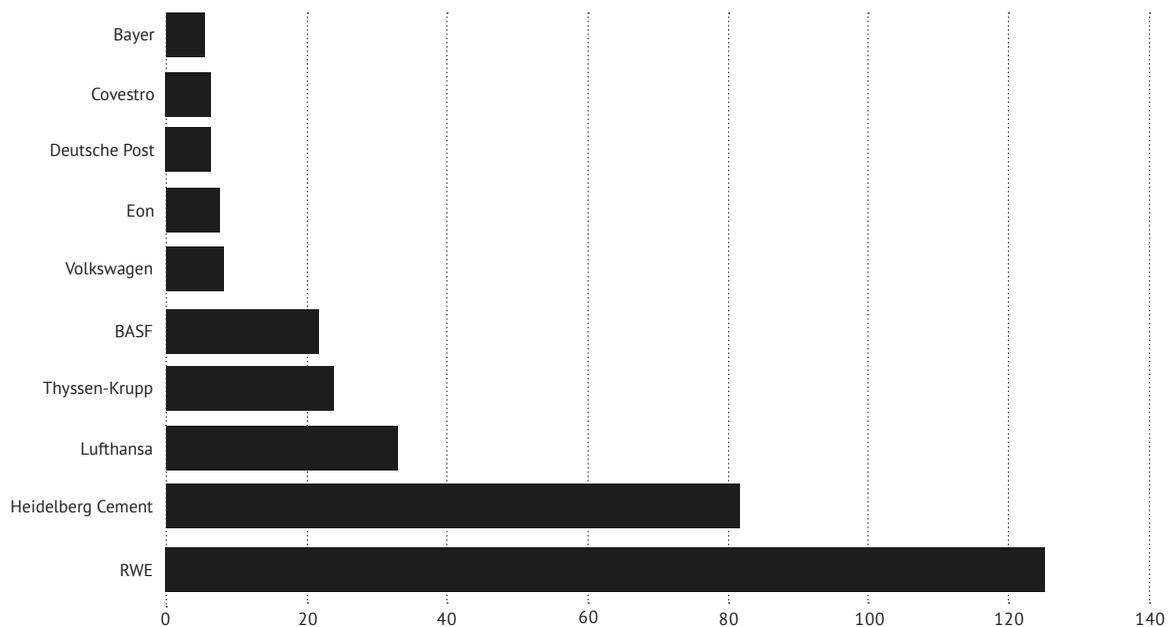
Dabei sind sie keinesfalls durchgeknallte oder unzurechnungsfähige Verschwörungstheoretiker. Hinter dem systematischen Angriff auf Vernunft und gestaltende Politik steht das Kalkül, das Naomi Oreskes und Erik M. Conway in ihrem Buch »Die Machiavellis der Wissenschaft« am Beispiel der Lobbyarbeit in den USA eindrucksvoll beschrieben.

Dort haben Industrielobbys jahrelang ein Trommelfeuer gegen wissenschaftliche Erkenntnisse um die schädlichen Folgen des Tabakrauchens, die Gefahren des sauren Regens oder des Ozonlochs entfacht und Gesetze zum Schutz von Gesundheit und Umwelt verhindert. Heute sitzt mit Donald Trump ein Klimawandel-Leugner und Freund der Erdöl- und Kohleindustrie an den Hebeln der Macht.

Auch der AfD geht es – neben den Wählerstimmen und der Macht – letztlich um das kalkulierte Torpedieren jeder Umwelt- und Klimaschutzpolitik.

Dieser Text ist zuerst am 23. Oktober 2019 auf **klimareporter** erschienen. <https://www.klimareporter.de/deutschland/klimaleugnung-mit-kalkuel>

CO₂-Emissionen deutscher Konzerne 2018 in Millionen Tonnen



Quelle: Handelsblatt vom 09.07.2019

Der Kampf gegen die Klimakrise beginnt vor der eigenen Haustür

Weniger Klimawandel durch weniger Menschen?

Feministische Kritik am neomalthusianischen Revival

VON DANIELA GOTTSCHLICH UND SUSANNE SCHULTZ

Wer davon spricht, dass die Erde »überbevölkert« sei, sagt damit zugleich, dass es zu viele Menschen gebe. Doch welche Menschen sind zu viel? Wer bestimmt die Kriterien dafür? Und welche Maßnahmen folgen aus einer solchen These? Die Forderung nach Bevölkerungskontrolle lässt sich wieder verstärkt von Akteur*innen aus dem Umweltbereich hören. Sie argumentieren, dass Bevölkerungswachstum verantwortlich für den Klimawandel sei.

Bevölkerungspolitik und ihre herrschaftsförmigen Implikationen

Bevölkerungspolitik ist der geplante, methodische Eingriff in das so genannte generative Verhalten. Sie hat die quantitative und qualitative Steuerung von Bevölkerung(sgruppen) zum Ziel. Antinatalistische Bevölkerungspolitik (also eine Politik, die Geburtenraten senken soll) ist vielfältig. Ihre Geschichte ist voller Beispiele repressiver Politik (Winkler 1993; Wichterich 1995; Hartmann 1995; Connelly 2008; Murphy 2017). Bekannt wurden zum Beispiel systematische Zwangssterilisationen in Indien in den 1970er Jahren. Es gab und gibt aber vielfältige weitere Beispiele von Zwangssterilisationen an Schwarzen, Indigenen, behinderten, gefangenen oder HIV-positiven Menschen (Lindsay 1988: S. 109f.; Davis 1982; Wilton 2013; Law 2014; CRR 2014). Noch Ende der 1990er Jahre wurden bei einem Sterilisationsprogramm in Peru etwa 300.000 Menschen, mehrheitlich arme und indigene Frauen, sterilisiert. Dies geschah oftmals ohne ihr Wissen. Den Frauen wurde unter anderem gedroht, keine Lebensmittelhilfe mehr zu bekommen, sollten sie sich verweigern. Angestellte des Gesundheitssystems mussten eine bestimmte Anzahl an Sterilisationen pro Monat erfüllen, um keine Kündigung zu riskieren (Schultz 2006: S. 11f.; The Quipu Project). Solche Quoten sind typisch für repressive Bevölkerungsprogramme, ebenso wie so genannte Anreizsysteme: In Indien bekommen Frauen in manchen Regionen noch heute Geld- oder Sachprämien, wenn sie sich sterilisieren lassen. Wo Armut und sozialer Druck ausgenutzt werden, kommen solche Prämien einer Erpressung gleich. Immer wieder kommt es in Indien zudem bei Massenabfertigungen in Sterilisationscamps zu Todesfällen: So starben 2014 mindestens 13 Frauen im Bundesstaat Chhattisgarh; vermutlich waren die Schmerzmittel mit Rattengift verunreinigt (Wilson 2015; Diettrich 2017).

Feministische Proteste und der Backlash zu isolierten Verhütungsprogrammen

Feministische Kritiker*innen dieser Politik organisierten sich international seit den 1970er Jahren, um auf die se-

xistischen, rassistischen und eugenischen Implikationen hinzuweisen, gegen die Instrumentalisierung vor allem des weiblichen Körpers zu protestieren und Menschenrechtsverletzungen anzuklagen. Auf der UN-Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 erreichten sie, dass das Konzept der reproduktiven Rechte beschlossen wurde. Es stützt sich auf das Grundrecht aller Individuen, frei und ohne Diskriminierung oder Zwang über Anzahl und Zeitpunkt von Geburten zu entscheiden. Zudem wurde in Kairo das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und auf Zugang zu Verhütungsmitteln verbrieft. Dies ist angesichts konservativ-fundamentalistischer Positionen, die das Konzept wieder abschwächen wollen (etwa 2002 bei der Rio plus 20-Konferenz), nicht selbstverständlich. Das Aktionsprogramm der UN-Konferenz thematisiert allerdings als individuelles Rechtskonzept nicht die wichtige Frage der Verteilung gesundheitspolitischer Investitionen. Derzeit beobachten wir einen Backlash in Richtung isolierter Verhütungsmittelprogramme. Auch dagegen hatten Feministinnen protestiert und in Kairo das Konzept einer breiteren reproduktiven Gesundheitsversorgung erstritten. Dennoch werden seit 2012 von der internationalen Family Planning 2020-Initiative wieder reine Verhütungsmittelprogramme beworben. In der Initiative arbeiten Regierungen mit der finanzstarken Gates Foundation sowie Pharmakonzernen wie Merck und Bayer zusammen. Im Zentrum stehen langfristige Verhütungsmethoden wie Hormonimplantate und Hormonspritzen, die von den Nutzerinnen kaum kontrollierbar sind und trotz belastender bis riskanter Nebenwirkungen als »effizient« gelten (Bendix/Schultz 2015). Das erklärte Ziel solcher Programme, eine freie Wahl aus einem vielfältigen Verhütungsmittel-Angebot zu ermöglichen, scheitert oft an realen Engpässen in den ländlichen Regionen. Zudem reduzieren solche, auf Verhütungstechnologien fixierte Programme, Fragen der Sexualität und des Kinderbekommens auf die Logik von Angebot und Nachfrage. Sie blenden damit kulturelle, soziale, ökonomische Bedingungen ebenso aus wie herrschende Vorstellungen von Geschlechterbeziehungen (Hummel 1998: S. 207; Wichterich 1995b: S. 101f.).

Die neomalthusianische Perspektive: Bevölkerungswachstum als Ursache für Klimawandel?

Doch was hat es mit der Vorstellung auf sich, all dies sei nötig, um dem Klimawandel entgegenzutreten? Angesichts der drohenden Erderwärmung werden heute wieder vermehrt sogenannte neomalthusianische Argumente reproduziert. Spätestens seit dem Buch »Die Bevölkerungsbombe« von Paul Ehrlich (1968) und dem

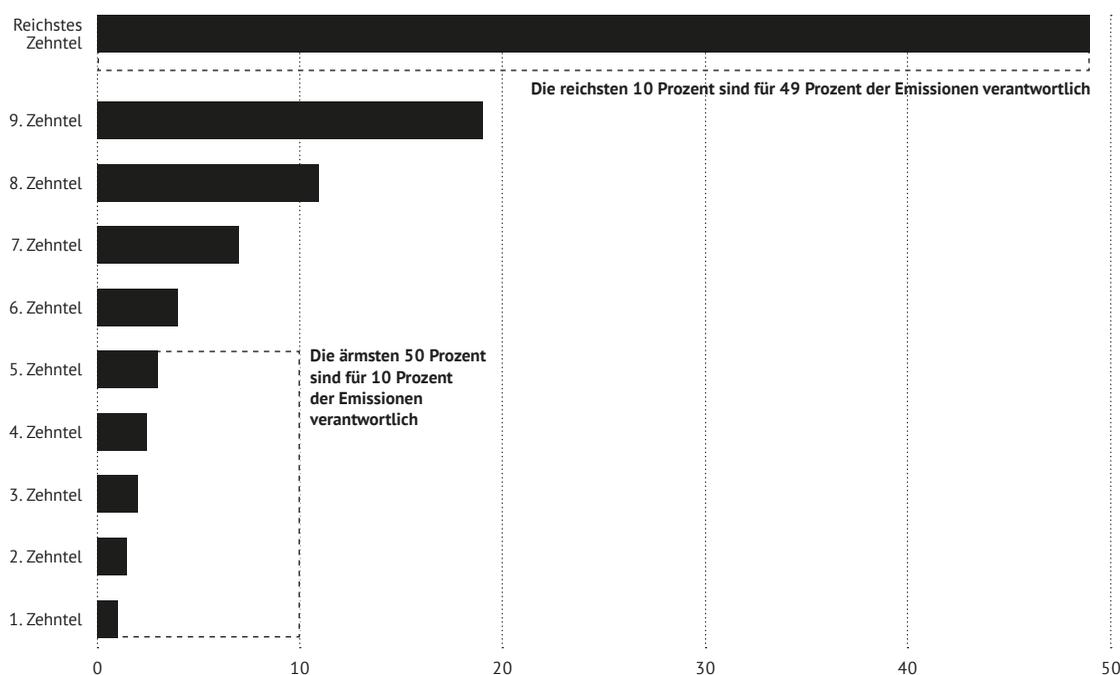
Bericht des Club of Rome (Meadows et al. 1972) über die »Grenzen des Wachstums« gilt das Wachstum der Weltbevölkerung als entscheidender ökologischer Krisenfaktor. Die Zusammenbruchsszenarien nähren sich von der These, dass die Bevölkerung ohne Bevölkerungskontrolle zu schnell oder gar exponentiell wachse, und damit die Grenze der »Tragfähigkeit der Erde« überschreite. Dies hatte schon der britische Theologe und Nationalökonom Thomas R. Malthus Ende des 18. Jahrhunderts behauptet, damals in Bezug auf die Grenzen der Nahrungsmittelproduktion.

Feministinnen warnen vor der Rückkehr solcher »neomalthusianisch« genannter Argumentationsmuster. Im Vorfeld der UN-Klimakonferenz von Kopenhagen 2009 schauten sich Betsy Hartmann und Elizabeth Barajas-

Population Trust« finanziert wurde: Mit einer stark vereinfachten Kosten-Nutzen-Analyse wollte er zeigen, dass es billiger sei, CO₂-Emissionen durch Investitionen in die Familienplanung zu reduzieren als durch alternative Technologien.

Neomalthusianische Denkmuster finden sich auch in deutschen Publikationen zu Nachhaltigkeit, Ökologie 2.0, Ecological economics oder Postwachstum (Gottschlich 2006). 2014 reaktivierte der Philosoph Bernward Gesang im Buch »Kann Demokratie Nachhaltigkeit«, an dem auch das Wuppertal Institut und das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung beteiligt sind, gar das alte rassistische Bild von Menschenmengen als Krebswucherungen: »Die Treibhausgasemissionen, der Flächen- und Ressourcenverbrauch, [...] die Weltbevölkerung,

Anteil von Einkommensgruppen der Weltbevölkerung am globalen CO₂-Ausstoß in Prozent



Quelle: Oxfam, Extreme Carbon Inequality, Dezember 2015. Siehe auch: Oxfam, Confronting carbon inequality, September 2020.

Die Klimakrise ist eine Frage der globalen sozialen Gerechtigkeit

Román an, auf welche Studien hier zurückgegriffen wurde (Hartmann/Barajas-Román 2009): Zwei Forscher der Oregon State University untersuchten etwa das »Kohlenstoffvermögen«. Damit machen sie jede einzelne Frau individuell und langfristig für die Emissionen nicht nur ihrer Kinder, sondern auch ihrer Enkel und Urenkel (!) verantwortlich. Hartmann und Barajas-Román kritisieren, dass hier jede Vorstellung davon fehlt, dass Menschen positive Veränderungen herbeiführen können und dass die nächste Generation den Übergang von fossilen Brennstoffen vollziehen könnte. Als zweites Beispiel nennen sie Berechnungen eines Londoner Doktoranden, der von der NGO »Optimum

die Industrieproduktion, all dies wächst ungebremst, und unkontrolliertes Wachstum ist ein Merkmal von Krebszellen.« (Gesang 2014: S. 13) Unter dem Titel »Ein Tabu brechen. Das schnelle Bevölkerungswachstum ist einer der großen Antriebe für den Klimawandel« feuerte jüngst auch die FAZ diese Debatte an (FAZ.net, 14.9.2018). Autor Joachim Müller-Jung bezieht sich auf eine Studie, die John Bongaarts, ein Urgestein der US-amerikanischen Bevölkerungslobby, mitverfasste. Darin erklären die Autoren – wen wundert's – Familienplanung zu einer der »kosteneffektivsten« Klimaschutzmaßnahmen. Besonders krass ist Müller-Jungs positiver Bezug auf die Bevölkerungspolitik in Bangla-

desh Anfang der 1980er Jahre, die er als »eines der ambitioniertesten freiwilligen Familienplanungsprogramme« beschreibt. Tatsächlich wurden damals während einer Flutkatastrophe Nahrungsmittel nur bei Einwilligung zur Sterilisation verteilt. Kritische Studien besagen, dass sich 80 Prozent der Frauen in den betroffenen Gebieten sterilisieren ließen. Ein Grund: Die Prämie für die Sterilisation (die damals umgerechnet zwischen 5 und 8 Euro lag) sicherte für ein paar Wochen das Überleben der gesamten Familie (Wichterich 1988: S. 102; Schlebusch 1994: S. 132f., Murphy 2017).

Dass politisch Konservative und Rechte die Zahl der Menschen für weltweite Umweltzerstörung verantwortlich machen, ist nichts Neues. Alarmierend ist hingegen, dass derzeit auch im posthumanistischen ökologischen Feminismuskurs neomalthusianische Kurzschlüsse kursieren. So proklamierte Donna Haraway jüngst »Make kin, not babies« und gab trotz ihrer Distanzierung von repressiver Bevölkerungskontrolle eine weltweite Bevölkerungszahl von 2 bis 3 Milliarden als Ziel an. Derzeit registriert die UNO 7,6 Milliarden Erdenbürger*innen (Haraway 2015).

Solidarische Lebensweise statt technokratische Steuerungsphantasien

Solche Zahlenspiele sind angesichts des weltweiten Machtgewinns autoritärer Regierungen nicht unschuldig, sondern gefährlich und verlagern die Aufmerksamkeit weg von notwendigen Veränderungen von Produktionsweise, Ressourcenverteilung und imperialer Lebensweise (Brand/Wissen 2017). Die vereinfachende Argumentation: »Weniger Menschen – weniger Konsum – weniger Umweltzerstörung! und die sich anschließende Forderung nach Bevölkerungskontrolle sind aus vielen Gründen zurückzuweisen:¹

- Unzulässige Reduktion komplexer globaler Herausforderungen: Eine vielschichtige Ursachenanalyse des Klimawandels und die Suche nach gesellschaftlichen Lösungen wird ersetzt durch einen unterstellten simplen Kausalzusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Klimawandel. Zudem wird die Wachstumsrate der Bevölkerung als isolierte Naturkonstante betrachtet, losgelöst von den komplexen gesellschaftlichen Bedingungen des Kinderbekommens.

¹ Dass diese Argumente auch in der deutschen Entwicklungspolitik angekommen sind, macht das Strategiepapier des BMZ deutlich, das 2013 Bevölkerungsdynamik zum Querschnittsthema erklärte und diffus von einem »Wechselspiel zwischen Bevölkerungsdynamik, Umwelt und Klimawandel« spricht, den es zu adressieren gelte: BMZ (2013): Bevölkerungsdynamik in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, BMZ-Strategiepapier 10/2013, S. 3, https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier334_10_2013.pdf (Zugriff 24.11.2018).

- Instrumentalistisches Naturverständnis und technozentristische Lösungsansätze: Der Geist, der sich hinter der Forderung nach Bevölkerungskontrolle verbirgt, ist von autoritären oder technokratischen Machbarkeitsvorstellungen geprägt, ähnlich wie die Idee eines ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft durch technische »Effizienzrevolution«. Dahinter steht die Annahme, Natur und Menschen seien gleichermaßen ökonomisch quantifizierbar und bewertbar. Politisch zielen diese Ideen darauf ab, die Menge der Menschen im Globalen Süden mit dem Verbrauch fossiler Energien in den Industrieländern zu verrechnen (Becker 1992: S. 57; Hummel 1995: S. 79).
- Kontinuität kolonialer Auf- und Abwertungen von Bevölkerungen: Solche Verrechnungsvorschläge bestärken eine Kontinuität rassistischer und klassenselektiver Auf- und Abwertungen, wie sie die Geschichte von Bevölkerungspolitik seit jeher prägen: Während im Globalen Süden die Existenz der Menschen selbst zur Verhandlungsmasse wird, sind es im Globalen Norden Konsumstandards oder Pro-Kopf-Emissionen. Absurderweise geraten damit gerade diejenigen in den Fokus von Klimaschutz und Bevölkerungspolitik, die am meisten vom Ressourcenverbrauch ausgeschlossen sind und am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben (Hendrixson/Hartmann 2018).

Dr. Daniela Gottschlich arbeitet in inter- und transdisziplinären Nachhaltigkeitsprojekten an der Europa Universität Flensburg, im Netzwerk Politische Ökologie und bei *diversu e.V.*, dem Institut für Diversität, Natur, Gender und Nachhaltigkeit in Lüneburg.

Dr. Susanne Schultz forscht zum Thema Demografisierung des Politischen an der Goethe-Universität Frankfurt und ist aktiv im Gen-ethischen Netzwerk Berlin, in Solidarity City Berlin und im Herausgeber*innen-Kollektiv *kitchen politics*.

Literatur

Becker, Egon (1992): *Ökologische Modernisierung der Entwicklungspolitik?* In: PROKLA, Nr. 86, S. 47–60.

Bendix, Daniel/Schultz, Susanne (2015): *Bevölkerungspolitik reloaded. Zwischen BMZ und Bayer.* In: *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*, Vol. 35, Nr. 140, S. 447–468.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise.* München: oekom.

Connelly, Mathey (2008): *Fatal Misconception: The Struggle to Control World Population.* Cambridge, MA: Harvard University Press.

CRR (Center for Reproductive Rights) (2014): *Forced Sterilization in Chile.* 30.9.2014 <http://www.reproductiverights.org/feature/forced-sterilization-in-chile> (Zugriff 24.11.2018).

Davis, Angela (1982): *Rassismus und Sexismus. Schwarze Frauen und Klassenkampf in den USA.* Berlin: Elefanten Press.

Dietrich, Silke (2017): *Sterilisation in Indien. Gegen die demografische Zeitbombe,* <https://www.deutschlandfunkkultur.de/>

- sterilisation-in-indien-gegen-die-demografische-zeitbom-be.979.de.html?dram:article_id=380585 (Zugriff 24.11.2018).
- Ehrlich, Paul (1968): *The Population Bomb*. New York: Ballantine.
- Gesang, Bernward (2014): *Einleitung*. In: Gesang, Bernward (Hg.): *Kann Demokratie Nachhaltigkeit?* Wiesbaden: Springer VS, S. 13–15.
- Gottschlich, Daniela (2006): *Machtpolitik im grünen Kleid der Nachhaltigkeit. Feministische Kritik an ökologisch begründeter Bevölkerungspolitik*, http://forumue.de/wp-content/uploads/2015/05/Demographischer_Wandel_AG-Frauen.pdf (Zugriff 24.11.2018).
- Haraway, Donna (2015): *Anthropocene, Capitalocene, Plantationocene, Chthulucene: Making Kin*. In: *Environmental Humanities*, Vol. 6, 2015, S. 159–165.
- Hartmann, Betsy (1995): *Reproductive Rights and Wrongs. The Global Politics of Population Control*. Boston: South End Press.
- Hartmann, Betsy/Barajas-Roman, Elizabeth (2009): *The Population Bomb is Back – with a Global Warming Twist*. In: *Women in Action*, No. 2, S. 70–78.
- Hendrixson, Anne/Hartmann, Betsy (2018): *Threats and burdens: Challenging scarcity-driven narratives of »over-population«*. In: *Geoforum*, <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2018.08.009>. (Zugriff 24.11.2018).
- Hummel, Diana (1995): *»Natur« und »Fruchtbarkeit«*. Globale Bevölkerungsentwicklung und ökologische Krise. In: Schultz, Irmgard/Weller, Ines (Hg.): *Gender & Environment. Ökologie und die Gestaltungsmacht der Frauen*. Frankfurt a. M.: IKO, S. 76–89.
- Hummel, Diana (1998): *Feministische Debatten über Bevölkerungspolitik und reproduktive Rechte*. In: Klingebiel, Ruth/Randeria, Shalini (Hg.): *Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen*. Bonn: Dietz, S. 186–213.
- Law, Victoria (2014): *It's 2014. Why do we still need laws banning coercive sterilization?* In: *Truthout*, 29.10.2014, <http://www.truthout.org/news/item/27121-it-s-2014-why-do-we-still-need-laws-banning-coerced-sterilization> (Zugriff 24.11.2018).
- Lindsay, Jennie (1988): *Südafrikanische Auslesepolitik in Namibia*. In: Wichterich, Christa (Hg.): *Zum Beispiel Bevölkerungspolitik*. Bornheim-Merten: Lamuv, S. 107–110.
- Meadows, Donella/Meadows, Dennis/Randers, Jørgen/Behrens, William W. (1972): *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: Rowohlt.
- Müller-Jung, Joachim (2018): *Ein Tabu brechen. Das schnelle Bevölkerungswachstum ist einer der großen Antriebe für den Klimawandel*. In: *FAZ.net* 14.9.2018.
- Murphy, Michelle (2017): *The economization of Life*. Durham: Duke University Press.
- Schlebusch, Comelia (1994): *Bevölkerungspolitik als Entwicklungsstrategie. Historisches und Aktuelles zu einem fragwürdigen Argument*. Frankfurt a. M.: IKO.
- Schultz, Susanne (2006): *Hegemonie, Gouvernementalität, Bio-macht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- The Quipu Project* (2018): *Website des Quipu Projektes, das die Sterilisationspolitik in Peru mit einer interaktiven Recherche von 2013 bis 2018 aufarbeitete*, <https://interactive.quipu-project.com/#/en/quipu/intro> (Zugriff 24.11.2018).
- Wichterich, Christa (1995): *Frauen der Welt. Vom Fortschritt der Ungleichheit*. Göttingen: Lamuv.
- Wichterich, Christa (1988) (Hg.): *Zum Beispiel Bevölkerungspolitik*. Bornheim-Merten: Lamuv.
- Wilson, Kalpana (2015): *The »New« Global Population Control Policies: Fuelling India's Sterilization Atrocities*. In: *Differen Takes* 87, https://dspace.hampshire.edu/bitstream/10009/940/1/popdev_differen_takes_087.pdf (Zugriff 24.11.2018).
- Wilton, Katelin (2013): *»Double stigma«: Forced sterilization of women living with HIV in Kenya and Namibia*. In: *Differen Takes*, 80, https://dspace.hampshire.edu/bitstream/10009/934/1/popdev_differen_takes_080.pdf (Zugriff 24.11.2018).
- Winkler, Ute (1993): *Blick in den Süden. Die andere Seite der Reproduktionstechnologien*. In: Fleischer, Eva/Winkler, Ute (Hg.): *Die kontrollierte Fruchtbarkeit. Neue Beiträge gegen die Reproduktionsmedizin*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 135–156.
- Der Artikel »Weniger Klimawandel durch weniger Menschen? Feministische Kritik am neomalthusianischen Revival« von Daniela Gottschlich & Susanne Schultz ist zuerst 2019 in der Handreichung **Aspekte Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz** der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) erschienen. Das Erscheinen der Handreichung wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!«.*

Wachstumskritik von rechts

Globalisierungs- und Wachstumskritik von rechts

VON HOLGER OPPENHÄUSER

Globalisierungs- und Wachstumskritik wird nicht nur von emanzipatorischen Kräften geübt sondern auch von Teilen der völkisch-nationalistischen Rechten. So stellte die NPD um die Jahrtausendwende der Globalisierung eine »raum-orientierte Volkswirtschaft« entgegen. Der wenig ausgearbeitete Kern dieser Vorstellung besteht darin, die Ökonomie durch protektionistische außenwirtschaftliche Maßnahmen so zu steuern, dass der innere Konflikt um die Lohn(stück)kosten scheinbar bedeutungslos wird. Selbst wenn dies in begrenztem Maße möglich wäre, ließe es sich nur auf Kosten der Handelspartner realisieren und würde zwangsläufig zu noch größeren internationalen Spannungen führen, als es die problematische deutsche Exportorientierung ohnehin tut. Vorausgesetzt wäre zudem, wie im gesamten nationalistischen Lager, eine Abwicklung der EU und insbesondere des Euro, zugunsten eines »Europa der Vaterländer« mit jeweils eigener Geld- und Außenwirtschaftspolitik.

An die »raum-orientierte Volkswirtschaft« knüpfte in den Jahren 2011/12 ein gewisser Landolf Ladig an und empfahl im Neonaziblatt Volk in Bewegung ihre Ergänzung durch eine »organische Marktwirtschaft«, die einen »dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus« bilden solle (vgl. Kemper 2016: 37f.). Wie der Soziologe Andreas Kemper gezeigt hat, handelt es sich bei Ladig mit hoher Wahrscheinlichkeit um Björn Höcke, der bereits drei Jahre zuvor in ganz ähnlichen Worten in einem Leserbrief an die Junge Freiheit den »zinsbasierten Kapitalismus« von der »Marktwirtschaft« unterschied und eine Debatte über »dritte Wege« anmahnte (vgl. ebd.). Im »zinsbasierten Kapitalismus« wiederum sah Ladig auch die Ursache des Wachstumszwangs, der aus ökologischen Gründen zugunsten einer Postwachstumsökonomie überwunden werden müsse.

Fraglos ist die permanente Steigerung des Ressourcenverbrauchs und der Emissionen im Kapitalismus zu einem Menschheitsproblem geworden. Aber die Ursache dafür liegt nicht im »Zins« oder im »Geldsystem«, das sich einfach von »der Marktwirtschaft« abkoppeln ließe, sondern im konkurrenzbedingten Zwang zur ständig erweiterten Reproduktion des Kapitals. Um sich

auf dem Markt zu behaupten, müssen die Unternehmen stets mehr produzieren und expandieren. Deshalb ist es trotz aller Effizienzgewinne im Einzelnen bisher auch nicht gelungen den Energiebedarf und den Ressourcenverbrauch absolut zu senken. Insofern sprechen der dramatische Klimawandel und der ungebrochene Ressourcenhunger der Industrie dafür, dass der kapitalistische Wachstumszwang bereits an die planetaren Grenzen stößt und es höchste Zeit ist in eine Postwachstumsgesellschaft überzugehen.

Die »Zinskritik« von Ladig/Höcke hilft dabei allerdings nicht weiter. Sie steht, wie Kemper (vgl. ebd. 71f.) zu Recht betont, in die Tradition von Gottfried Feder, dem wichtigsten Wirtschaftsideologen in der Frühphase der NSDAP (vgl. Barkai 1988: 27ff.). Feder hat 1919 mit seinem Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft die Unterscheidung von »raffendem und schaffendem Kapital« eingeführt. Demnach stehe dem »zinsnehmenden Leihkapital« das »nationale Industriekapital« gegenüber. Da sich die kapitalistische Produktion aber nicht von der Kreditfinanzierung und damit dem Zins trennen lässt, blieb von Feders Vorstellungen im NS alleine der Antisemitismus übrig, der das »raffende Kapital« mit Juden identifizierte.

Letztlich wird der Zins vom Profit eines Unternehmens abgezogen, das seine Geschäfte mit einem Kredit vorfinanziert hat und wenn das Unternehmen nicht profitabel ist, muss das Kreditinstitut seine Investition abschreiben. Insofern gibt es einerseits reale Interessengegensätze zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen unter anderem dem Finanzkapital im Sinne von Banken, Versicherungen oder Fondsgesellschaften und dem Industriekapital, doch andererseits hängen letztlich beide von gelingender Akkumulation ab.

Daher greift eine Spekulanten-Schelte immer zu kurz. Dennoch ist sie von der nationalistischen Rechten im heutigen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus wieder verstärkt zu hören. Diese knüpft auch hier an populäre Bilder von Finanzmarktakteuren als Finanzjongleure und gesichtslose Mächte an (vgl. Oppenhäuser 2019: 287ff.) und verknüpft dies häufig mit Hinweisen auf

prominente Juden wie George Soros. Eines der jüngsten Beispiele ist eine Rede vom Herausgeber des verschwörungsideologischen Compact-Magazins, Jürgen Elsässer, bei einer Demonstration gegen die Anti-Corona-Maßnahmen am Ostermontag 2021. Die Beschlüsse fielen nicht in der Politik, behauptete Elsässer, sondern würden von »einem Promille« von »Raubtierkapitalisten« getroffen, die »99,9 Prozent der Bevölkerung versklaven« wollten – namentlich Soros und andere.

Solche fehlgeleiteten Kritiken bedeuten aber nicht, dass es am sogenannten Finanzmarkt-Kapitalismus nichts zu kritisieren gäbe. Die Deregulierung der Finanzmärkte und die damit einhergehende Verschärfung der internationalen Konkurrenz, das Missverhältnis zwischen dem angehäuften Finanzvermögen und dem globalen Sozialprodukt, die Privatisierung von Gewinnen und die Sozialisierung von Verlusten im Finanzsektor, die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, die Privatisierung und Finanzialisierung in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Rente sowie die enorm steigende soziale Ungleichheit – all das und einiges mehr lässt sich mit guten Gründen kritisieren. Allerdings können viele dieser Symptome auch als unzulängliche Lösungsversuche vorangegangener Krisen gedeutet werden und damit als Hinweise auf die generelle Krisenhaftigkeit des Kapitalismus. Dies und die genannten ökologischen Probleme werfen in der Tat die Frage auf, ob der Kapitalismus mit seinen Prinzipien des Privateigentums an Produktionsmittel und der Konkurrenz nicht von einer demokra-

tisch gesteuerten Produktion öffentlicher Güter abgelöst werden sollte.

Davon ist auf Seiten der nationalistischen Rechten allerdings überhaupt keine Rede. Zwar wird insbesondere in theoretischen Schriften manchmal von der Verstaatlichung bestimmter Sektoren gesprochen, doch dies steht eher im Zusammenhang mit einem dogmatischen Etatismus und geht stets mit der Betonung der freien Marktsphäre und einem Lob des Unternehmertums einher.

Literatur

- Barkai, Avraham (1988):* Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik. Frankfurt a. M.
- Kemper, Andreas (2016):* »... die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden« Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der »historischen Mission« Björn Höckes (AfD). Berlin.
- Oppenhäuser, Holger (2019):* Die gesichtslose Macht und die bedrohte Mitte. Leitmedien, nationalistische Ideologie und Alltagsverstand in der Perspektive der Interdiskurstheorie, in: *Wiedemann, Thomas und Christine Lohmeier (Hg.):* Diskursanalyse für die Kommunikationswissenschaft. Theorie, Vorgehen, Erweiterungen. Wiesbaden, S. 279–306.

Eine längere Version dieses Textes erscheint unter dem Titel »Die Kapitalismuskritik der nationalistischen Rechten« in POLITIKUM 3/2021

Ignorant und verharmlosend

Dem Postwachstumsspektrum fehlt ein antifaschistischer Konsens –
die politische Rechte weiß das zu nutzen

VON FELIX WILMSEN

Im Herbst 2012 schrieb ein gewisser Landolf Ladig in der neonazistischen Zeitschrift *Volk in Bewegung*, »die Postwachstumsökonomie« lasse sich »mit ihrer Wertschätzung für Regionalität, Vielheit, Unentfremdetheit und ihren Reformideen für ein neues Boden- und Geldrecht mühelos in die Weltanschauung der identitären Systemopposition integrieren.« Ausdrücklich lobt Ladig das Modell des Wachstumskritikers Niko Paech. Dieser setzt unter dem Motto »Befreiung vom Überfluss« auf eine Kombination aus regionaler Selbstversorgung und genügsamen Lebensstilen, um sich von der ökologisch zerstörerischen Wachstumsorientierung loszusagen. Der antiliberalen Autor sieht in der Postwachstumsökonomie eine Möglichkeit, dem wachstumsfreundlichen Programm der liberalen Grünen eine »raumorientierte« Volkswirtschaft entgegenzusetzen, um »den ökologischen Auftrag« von »den linken Ökologen zurückzuerobern«. Angesichts der wachstumskritischen Annahme, dass sich Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch schon rein physikalisch nicht absolut entkoppeln lassen, könne ein solches Konzept nicht auf Wachstum ausgerichtet sein. Statt eines globalisierten Wirtschaftssystems brauche es, so Ladig, »eine Vielheit subglobaler, mit gewachsenen Kulturräumen zur Deckung gebrachter Wirtschaftsräume«.

Dank der Sprachvergleiche des Soziologen Andreas Kemper gilt es heute als sehr wahrscheinlich, dass Landolf Ladig ein Pseudonym des Thüringischen AfD-Rechtsaußen Björn Höcke ist. Dieser streitet das ab, bezieht sich aber auch unter seinem tatsächlichen Namen immer wieder auf Paechs Postwachstumsökonomie. Das mag verwundern, weil das Parteiprogramm der AfD Thüringen keinerlei Verdacht auf wachstumskritische Positionen aufkommen lässt. Es ist aber keine Überraschung, dass Höcke sich ausgerechnet bei der suffizienzorientierten Strömung bedient, zu der Niko Paechs Arbeiten gezählt werden, und nicht beim feministischen und kapitalismuskritischen Degrowth-Spektrum. Paechs Texte machen eine solche Vereinnahmung vergleichsweise leicht.

In Paechs Postwachstumsökonomie werden ökologische Zwänge dem Anspruch auf soziale Gerechtigkeit vorangestellt. Gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse, insbesondere Geschlechterfragen, bleiben außen vor. Die Verantwortung für gesellschaftliche Veränderungen liege beim Individuum, das seinen Konsum radikal reduzieren müsse. Eine Avantgarde solle die nötigen Lebensstilän-

derungen vorleben und sich in parallelgesellschaftlichen Nischen, gestärkt durch wiedererlangte handwerkliche Fähigkeiten, auf den ökologischen Kollaps vorbereiten.

Zu Paechs Postwachstumsökonomie gehören auch Regionalwährungen mit einem negativen Zinssatz, um mit dem Zins einen Wachstumszwang auszuschalten. Paech beruft sich auf den Geldtheoretiker Silvio Gesell, der dieses Schwundgeld 1916 für seine »Natürliche Wirtschaftsordnung« entwickelte. Mit dem Negativzins, der jedes Geldvermögen automatisch reduziert, wollte Gesell für gleiche Bedingungen im sozialdarwinistischen Überlebenskampf sorgen. Historisch erwies sich seine Zinskritik als anschlussfähig für antisemitisches Denken. Dass sich in Paechs Texten kein Wort dazu findet, kommt der defizitären Kapitalismuskritik von Landolf Ladig entgegen: In seinen Augen hat das Ende des Zinsnahmeverbots ein »krebstartiges Wachstum in alle Richtungen« ermöglicht, was ein »Merkmal unserer entarteten Zivilisationsepoche« sei.

Zudem warnt Paech 2017 in der Wochenzeitung *Die Zeit* davor, globale Gerechtigkeit durch »kulturelle Homogenisierung« herstellen zu wollen, und spricht von einem »kulturzerstörerischen Sog«, den Europas Konsumfreiheiten auf den Rest der Welt ausübten – in seinen Augen eine Fluchtursache. Solche Bilder ähneln dem kulturrassistischen Ethnopluralismus der Neuen Rechten, demzufolge sich global verteilte, »gewachsene Kulturen« nicht vermischen dürfen.

Politisch ist Wachstum in alle Richtungen offen

Die suffizienzorientierte Strömung bereitet feministischen und kapitalismuskritischen Wachstumskritiker*innen Sorgen. Zwar ist Paech bis heute der medial präsenteste Wachstumskritiker im deutschsprachigen Raum, nicht zuletzt, weil er die Ideen der französischen *Décroissance*-Bewegung ab 2006 als »Postwachstum« bekannt machte. Seither hat sich die Diskussion aber stark ausdifferenziert, und Vertreter*innen anderer Strömungen gehen hart mit der einseitigen Suffizienzorientierung ins Gericht.

Dabei sind Paechs Arbeiten nur ein Beispiel eines grundsätzlichen Problems. Der Begriff Wachstum kann alles Mögliche heißen: Produktionssteigerungen, die Vergrößerung des Durchsatzes von Materie und Energie, die dem globalen Ökosystem bei Produktion und Kon-

sum als Ressourcen entnommen und als Abfall zurückgegeben werden, die Vergrößerung der Nachfrage im »Steigerungsspiel« zwischen Konsumförderung und Statuskonkurrenz – oder die Zunahme der Bevölkerungszahl. Mit diesem breiten Bedeutungsspektrum ist der Begriff nach rechts wie links offen.

Besonders deutlich wird das beim Thema »Überbevölkerung«. Der viel zitierte US-Wachstumskritiker Herman Daly fällt regelmäßig mit Rufen nach Zuwanderungsstopps und nationalen Bevölkerungsbegrenzungen auf. Aus seiner Sicht ist beides notwendig, um die von ihm angestrebte Steady-State Economy zu verwirklichen. Eine solche stabilisierte Volkswirtschaft, die ihren ökologischen Verbrauch konstant niedrig hält, setze eine stabile Bevölkerungszahl voraus. »Massenmigration« in Länder, deren Bevölkerung nur noch durch Zuwanderung wächst, sei unbedingt zu verhindern. Statt auszuwandern, so Daly, müssten Menschen mit der Situation klarkommen, in die sie hineingeboren werden. Derartige menschenfeindliche Argumente greifen Aktivist*innen der extrem rechten Identitären Bewegung gerne auf und hetzen auf dem neurechten Blog Sezession gegen Geflüchtete und Migrant*innen. So argumentierte Felix Menzel 2015 in einer wachstumskritischen Beitragsreihe, Menschen aus Ländern mit einem niedrigeren Konsumniveau würden im Globalen Norden durch die Übernahme der dortigen Konsummuster einen höheren globalen Gesamtverbrauch verursachen. Und in der Sezession ist in den letzten Monaten zu beobachten, wie die Neue Rechte versucht, das Thema Ökologie zu besetzen. Mehrfach widmet sich der Identitäre Jonas Schick der deutschen Klimapolitik und verweist auf Daly und Paech.

Ein weiteres Einfallstor sind die »lokalen Ökonomien«, die in der Postwachstumdiskussion wegen ihrer kürzeren Wertschöpfungsketten eine zentrale Rolle spielen. In Verbindung mit Lokalpatriotismus und Autarkiebestrebungen entstehen hier Anschlüsse zu Abschottungspolitikern. Als der Vordenker der französischen Neuen Rechten, Alain de Benoist, 2007 das wachstumskritische Buch »Demain, la Décroissance!« veröffentlichte, versuchte er, über Forderungen nach Deglobalisierung und kulturell homogenen, autarken Regionen den kulturassistischen Ethnopluralismus in die Postwachstumdiskussion hineinzutragen. Der französische Wachstumskritiker Serge Latouche war davon so begeistert, dass er sich eine Distanzierung von Benoist verbat und empfahl, seine Einstellung neu zu bewerten.

Dass die Anschlussfähigkeit einseitig suffizienzorientierter und lokalistischer Ideen nicht abstrakt bleibt, zeigen die völkischen Siedlungsprojekte, die sich in Mecklenburg-Vorpommern und der Lüneburger Heide ausbreiten. Die Romantisierung eines gemeinschaftlichen, vormodernen Landlebens, Tierschutz und Veganismus finden sich in der völkischen Bewegung genauso wie in der Umweltbewegung. Das Problem der Anschlussfähigkeit nach rechts betrifft auch eine breite Szene jenseits der Wachstumskritik.

Rechte Vereinnahmungen werden wenig diskutiert

Im deutschsprachigen Raum haben Wachstumskritiker*innen wie Barbara Muraca, Friederike Habermann, Ulrich Brand und Dennis Eversberg wiederholt davor gewarnt, derartige Vereinnahmungen zu unterschätzen. Auch international gab es Auseinandersetzungen mit Herman Daly und Alain de Benoist. So argumentiert der Ökonom Giorgos Kallis aus Barcelona regelmäßig gegen eine vermeintlich ökologische Begründung für Grenzsicherungen. Um den französischen Degrowth-Aktivisten François Schneider werden lokale Wirtschaftskonzepte entwickelt, die nicht auf Ausgrenzung hinauslaufen. Der französische Décroissance-Vordenker André Gorz warnte bereits 1987 davor, dass autarke Gemeinschaften für ihre Mitglieder zu Gefängnissen werden können. Auch auf den Degrowth-Sommerschulen, die jährlich auf den Klimacamps zu Gast sind, wird das Thema bearbeitet. Die Nähe des Postwachstumsspektrums zur Klimagerechtigkeitsbewegung zahlt sich hier offenbar aus.

Zugleich ist erkennbar, dass diese Auseinandersetzungen überwiegend von feministischen und kapitalismuskritischen Gruppen aus dem radikaleren Degrowth-Spektrum geführt werden. Diese begreifen die Wachstumskritik häufig als einen möglichen Zugang zu einer strukturorientierten Kapitalismus- und Herrschaftskritik. Im Falle der Klimagerechtigkeitsbewegung ist dieser Zugang auch strategisch gewählt, um gesellschaftlich anschlussfähig zu bleiben. Der Soziologe Dennis Eversberg zeigt, dass es in der systemkonformerer sozialreformistischen Strömung, die mit liberalen Reformen versucht, bestehende gesellschaftliche Institutionen wachstumsunabhängig zu machen, bisher lediglich pauschale Warnungen gibt, sich nicht mit Rechtspopulist*innen einzulassen. Der konservative Wachstumskritiker Meinhard Miegel scheint nur den barbarischen rechtspopulistischen Stil abzulehnen, ohne sich deutlich zu distanzieren. Auch von Niko Paech sind bisher keine Äußerungen zu den rechten Vereinnahmungen bekannt. Eine Befragung der Teilnehmer*innen der 4. internationalen Degrowth-Konferenz, die 2014 in Leipzig stattfand, ergab, dass sich ein gutes Fünftel der Gruppe der »suffizienzorientierten Zivilisationskritik« zuordnen lässt. Diese orientiert sich stark an Paechs Arbeiten und kann als besonders anschlussfähig an rechte Positionen betrachtet werden.

Aktuell ist das Verhältnis vieler wachstumskritischer Strömungen zu den rechten Vereinnahmungen ignorant, naiv oder verharmlosend. Einen antifaschistischen Konsens gibt es nicht. Wohin die fehlende Abgrenzung führen kann, ließ sich bis vor Kurzem in Italien beobachten, wo die wachstumskritische Fünf-Sterne-Bewegung der neofaschistischen Lega eine Regierungsbeteiligung ermöglichte und mit ihr die tödliche Abschottungspolitik des Innenministers Matteo Salvini. Auch die publizistischen Andockversuche der Neuen Rechten sind nicht

zu verharmlosen. Was sich streckenweise wie geläufige Wachstumskritik liest, folgt einer Mimikry-Strategie: Das Anpassen der Rhetorik soll die menschenfeindlichen Positionen unter dem Mantel des Gewohnten mittransportieren und normalisieren, bis ein Widerspruch kaum noch möglich ist.

Für eine emanzipatorische Wachstumskritik

Wo sich Wachstumskritik gegen die Aufrechterhaltung einer imperialen Lebensweise im Globalen Norden richtet, die Ungleichheiten und Ausbeutungsverhältnisse erzeugt und reproduziert sowie ökologische und soziale Kosten externalisiert, hat sie als globale Gerechtigkeitsperspektive durchaus ihre Berechtigung. Statt diesen Zusammenhang auf ein individualistisches »Weniger« zu reduzieren und zu entpolitisieren, wird hier mit der Frage nach den Bedingungen für ein gutes Leben für alle die kapitalistische Produktionsweise insgesamt infrage gestellt. Die Stärke einer solchen emanzipatorischen Wachstumskritik liegt darin, das Problem der ausbleibenden absoluten Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wachstum zwar ernst zu nehmen und nicht in blindem Glauben an technologische Lösungen in die Zukunft zu verschieben. Die ökologische Krise wird Kämpfen für soziale Gerechtigkeit aber nicht übergeordnet.

Wo einzelne Menschengruppen und ihre Körper zum ökologischen Problem erklärt werden, lokales Wirt-

schaften mit rassistischen Ausschlüssen einhergeht oder rückwärtsgewandte Zivilisationskritik die emanzipatorischen Kämpfe marginalisierter Gruppen delegitimiert, muss das gesamte Postwachstumsspektrum hingegen klar Kante zeigen. Andernfalls kann von flucht- und migrationspolitischen oder queer-feministischen Bewegungen, die sich solche Ambivalenzen angesichts der Repressionen eines zunehmend autoritäreren Staates und regelmäßiger Angriffe von rechts nicht erlauben können, nicht erwartet werden, mit wachstumskritischen Gruppen zusammenzuarbeiten.

Nötig ist eine systematische Auseinandersetzung mit der Anschlussfähigkeit wachstumskritischer Annahmen und Positionen im Feld der rechten Ideologien, die sich in einer konsequenten Aufdeckung und Abgrenzung von menschenverachtenden rechten Positionen sowie der aktiven Solidarisierung mit antifaschistischen Initiativen ausdrückt. Das Postwachstumsspektrum braucht einen antifaschistischen Konsens.

Felix Wilmsen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit der Universität Bremen. Er forscht dort unter anderem zum Thema »Wachstumskritik & Neue Rechte«.

Dieser Artikel ist zuerst in **analyse & kritik** Ausgabe 655/2019 erschienen.

Ausblick

Schwelende Wunden

Völkische Ökologie: Björn Höcke empfiehlt *Die Kehre*,
eine Zeitschrift für »Heimatschutz«

VON MICHAEL BITTNER

Der AfD-Politiker Björn Höcke beherrscht die Methoden des Netzmarketings so gut wie die erfolgreichsten Influencer. Vor Kurzem veröffentlichte er in den sozialen Medien ein Foto, das ihn entspannt lesend auf einer Bank im Grünen zeigt, in der Hand die erste Ausgabe der neuen »Zeitschrift für Naturschutz« namens »Die Kehre«. Mit persönlichen Worten machte er Werbung für das Magazin, von dem er sich offenbar einiges verspricht: »Heimatliebe und Naturschutz sind zwei Seiten einer Medaille. Dass die heimathassenden Grünen das Thema Naturschutz gekapert haben, ohne ihm gerecht werden zu können, ist eine der Tragödien der deutschen Nachkriegsgeschichte. Wir müssen es ihnen entwenden.«

Schon in seinem Buch »Nie zweimal in denselben Fluss« präsentierte Höcke sich als Naturbursche und Waldgänger. Der als »Heimatschutz« verstandene Naturschutz spielt eine große Rolle in seinen politischen Schriften, nicht zuletzt jenen, die er unter dem Pseudonym Landolf Ladig für Blätter des Neonazis Thorsten Heise verfasst hat. Wie Höcke mit seinem »solidarischen Patriotismus« Arbeiterinnen und Arbeiter zum Nationalismus führen will, entwirft er auch eine völkische Ökologie in der Hoffnung, Naturfreunde ins faschistische Lager zu locken. Während linke Ökologen der frühen Einsicht von Marx folgen, nach der »die kapitalistische Produktion« zugleich »die Erde und den Arbeiter« ausbeutet und verheert, macht Höcke stattdessen die »Globalisierung« und den »Wachstumszwang, der vom Zinsgeldsystem auf die Realwirtschaft ausgeübt wird«, verantwortlich. Höckes widerspruchsvolles und illusorisches Ideal ist eine »organische Marktwirtschaft«, die auf technischen Fortschritt und Wettbewerb nicht verzichtet und doch kleinräumige Geborgenheit und völkische Homogenität garantiert.

Höcke selbst hat allerdings keinen Beitrag für die Erstausgabe von »Die Kehre« verfasst. Die Autorinnen und Autoren stammen nur aus der dritten Reihe der rechtsintellektuellen Szene. Dass der Titel »Die Kehre« sich auf einen Begriff des Philosophen Martin Heidegger bezieht, erläutert der junge Chefredakteur Jonas Schick in

seinem Editorial. Der Nationalsozialist Heidegger hatte in seinem quasi-religiösen, antisemitisch grundierten Spätwerk regelmäßig von den Gefahren der »Technik« geraunt. Das grafische Symbol der Zeitschrift, ein zur Kreisform zurechtgebogener Zweig, verweist auf das zyklische Geschichtsdenken, das den Konservatismus vom liberalen und sozialistischen Fortschrittsmodell unterscheidet. Den Ernst-Jünger-Ton fehlerfrei zu treffen, fällt dem Nachwuchsherausgeber Schick allerdings noch schwer. Dass es »schwelende Wunden« nicht gibt, im Gegensatz zu schwärenden Wunden oder schwelender Kohle, müsste ihm noch jemand beibringen.

Die Strategie der Zeitschrift ist simpel, aber nicht ungeschickt: Echte Beeinträchtigungen der Natur werden beklagt, jedoch nur dann, wenn sie irgendwie der Globalisierung, dem Klimaschutz oder linksgrüner Politik angelastet werden können. So werden etwa Windkraftanlagen abgelehnt, weil sie das »Landschaftsbild maximal zerrütten«, Ressourcen verbrauchen und Vögel, Fledermäuse und Insekten das Leben kosten. Gleiches den deutschen Autobahnen vorzuwerfen, kommt den Autorinnen und Autoren nicht in den Sinn. Praktikable, alternative Lösungen für das Problem der Erderwärmung bieten sie nicht an, stattdessen leugnen sie den entscheidenden menschlichen Einfluss auf den Klimawandel. Wo immer der Umweltschutz mit den Interessen des nationalen Kapitals zusammenstößt, stehen sie selbstverständlich stramm vor der Industrie. Welch ein widerspruchsvolles Projekt die rechte Ökologie ist, wird so schon auf dem schmalen Raum dieses einen Heftes deutlich. Da wird in einem Beitrag die deutsche Autoindustrie als Garant der »Mobilität« gefeiert, während in einem anderen der Autor Michael Beleites fordert, die Deutschen müssten »zur Ruhe kommen«, um sich mit der Natur wieder in Einklang zu bringen.

Beleites war zu Zeiten der DDR ein Begründer der unabhängigen Umweltbewegung. Nach der Wende arbeitete er mit Politikern der Grünen zusammen und war von 2000 bis 2010 sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen. Er zählt zu den Menschen aus der

ostdeutschen alternativ-ökologischen Opposition, die sich auf der Suche nach dem »Dritten Weg« in die Gefilde von Ökofaschismus und völkischer Esoterik verirrt haben. Der prominenteste Fall dieser Art ist wohl der von Rudolf Bahro, der mit Reformkommunismus begann und beim Ruf nach einem »grünen Adolf« endete. Michael Beileites verteidigt in seinem Buch »Umweltresonanz« und anderen Schriften die »Existenz der geographischen Rassenvielfalt beim Menschen« als »kostbares Naturerbe«. Die von einer »parasitären Finanzwirtschaft« vorangetriebene Herstellung eines »globalisierten Einheitsmenschen« müsse hingegen zur »Degeneration« führen. Erst vor diesem Hintergrund wird der naturphilosophische Beitrag in »Die Kehre« verständlich, in dem Beileites »Regionalisierung«, »Versorgungssouveränität« und »Wiederverländlichung« als Mittel gegen den »Wachstumswahn« empfiehlt. Globalisierung und Urbanisierung sollen für die »Überhitzung« der Erde verantwortlich sein, nicht aber der Ausstoß von Kohlendioxid. Welchen Weg weist Beileites aus der Krise? Eine Umwälzung von Macht- und Besitzverhältnissen propagiert er nicht. Stattdessen bleibt nur der hilf- und wirkungslose Appell an die Menschen, »ihren Lebensstil zu ändern« und zum »menschlichen Maß« zurückzukehren.

Der rassistische Aspekt der rechten Ökologie wird in der Erstausgabe von »Die Kehre« noch dezent im Hintergrund gehalten. In den kommenden Heften dürfte aber auch die Migration aus »ökologischer« Sicht verdammt werden, wie dies beim älteren Konkurrenzblatt »Umwelt & Aktiv« aus NPD-Kreisen längst der Fall ist. Immerhin betrachtet die Tierschützerin Lotta Bergmann in ihrem Beitrag schon jetzt »die globale Bevölkerungsexplosion« als »die entscheidende Ursache der Umweltkrise« und fordert, »die Weltbevölkerung« müsse »auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert werden«. Mit welchen Mitteln diese Dezimierung betrieben werden soll, bleibt offen. Ebenso die Frage, ob der in rechten Kreisen befürchtete »Volkstod« der Deutschen nicht ein willkommener Beitrag zur Reduktion sein könnte.

Nicht ohne Grund erfährt die Gefahr des Ökofaschismus, vor der Publizisten wie Wolfgang Pohrt und Jutta Ditfurth schon vor Jahrzehnten warnten, derzeit wieder größere Aufmerksamkeit, so etwa in Büchern von Andrea Röpke und Andreas Speit, Mira Landwehr oder Peter Bierl. Es sind zwei Affinitäten, die das ökologische Denken für Rechte attraktiv machen und umgekehrt Umweltbewegte auf den Holzweg nach rechts führen können: Zum einen neigen jene, die im technischen Fortschritt grundsätzlich mehr Verlust als Gewinn sehen, auch im Politischen eher zum konservativen als zum progressiven Lager. Zum anderen betrachten manche Naturfreunde auch die Gesellschaft gerne nach dem Modell der Biologie. Da werden die einzelnen Menschen zu »Organen« im »Volkskörper« herabgewürdigt, überkommene Ungleichheiten zwischen Klassen, Geschlechtern und Nationen als »naturgemäß« gerechtfertigt sowie Wettbewerb und Krieg sozialdarwinistisch als nützliche Auslese bejubelt.

Auf den nationalistischen Dritten Weg geraten sind manche Naturfreunde allerdings auch, weil sie zu der richtigen Einsicht gelangten, dass sowohl der Kapitalismus als auch der Realsozialismus vor den ökologischen Problemen versagten. Die Autoren von »Die Kehre« können ganz wie ihr Vorbild Björn Höcke an diesen Eindruck anknüpfen, indem sie sowohl das »kapitalistische Produktionssystem« als auch die »Planwirtschaft« ablehnen. Eine linke Antwort auf die ökologische Frage müsste davon überzeugen, dass eine wirkliche Demokratisierung der Wirtschaft erst die Chance eröffnet, die Ökonomie an anderen Zielen als der Profitmaximierung und der unendlichen Expansion auszurichten.

*Dieser Artikel ist zuerst im **Neuen Deutschland** am
07.07.2020 erschienen.*

Weiterführende Literatur

BUKO-Broschüre: Rinks und lechts kann man nicht verwechseln, 2020:
https://www.buko.info/fileadmin/user_upload/gesnat/documents/GesNat_links_und_rechts_web_einseitig.pdf

Bierl, Peter: Zurück zu den Wurzeln, 2020:
<https://jungle.world/artikel/2020/29/zurueck-zu-den-wurzeln>

Eversberg, Dennis: Gefährliches Werben: Wachstumskritik von Rechts, 2019:
<https://www.postwachstum.de/gefaehrliches-werben-wachstumskritik-von-rechts-20190311>

FARN: Wenn Rechtsextreme von Naturschutz reden... Argumente und Mythen, 2019:
https://www.nf-farn.de/system/files/documents/farn_leitfaden_wenn_rechtsextreme_von_naturschutz_reden.pdf

Fiedler, Maria: Das Netzwerk der Klimaleugner, 2019:
<https://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/rechtspopulisten-das-netzwerk-der-klimaleugner/24038640.html>

Götze, Susanne u. Joeres, Annika: *Die Klimaschmutzlobby*, 2020

Götze, Susanne: Grünes Blatt, brauner Boden, 2019:
<https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/dresdner-erklarung-das-nationalistische-umweltverstaendnis-der-afd-a-1279206.html>

Heinrich-Böll-Stiftung: Naturliebe und Menschenhass, 2020:
https://www.boell.de/sites/default/files/2020-10/Naturliebe%20und%20Menschenhass%20web.pdf?dimension1=division_demo

Kemper, Andreas: »...Die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden« Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der »historischen Mission« Björn Höckes (AFD), 2016:
https://th.rosalux.de/fileadmin/ls_thueringen/dokumente/publikationen/RLS-HeftMissionHoecke-Feb16.pdf

Konicz, Tomasz: *Klimakiller Kapital*, 2018

Mallien, Lara/Humburg, Anja/Vetter, Andrea: Anastasia – die Macht eines Phantoms, 2017:
<https://lesen.oya-online.de/texte/2777-anastasia-die-macht-eines-phantoms.html>

Pomrehn, Wolfgang: Das Lager der Bremser, 2019:
https://www.iz3w.org/zeitschrift/ausgaben/372_Klimawandel/Das-Lager-der-Bremser

Studienarchiv Umweltgeschichte: Heft 9, 2004:
https://www.hs-nb.de/storages/hs-neubrandenburg/institute/iugr/PDF/STUG/STUG_Hefte/Stug_9_2004.pdf

Danksagungen

Die *AG Attac gegen rechts* bedankt sich herzlich bei den Autor*innen und den jeweiligen Rechteinhaber*innen der in dieser Broschüre aufgenommenen Texte!

Namentlich danken wir:

analyse & kritik – www.akweb.de

der rechte Rand – www.der-rechte-rand.de

FARN – www.nf-farn.de

Frankfurter Hefte – www.frankfurter-hefte.de

Klimareporter – www.klimareporter.de

Neues Deutschland – www.neues-deutschland.de

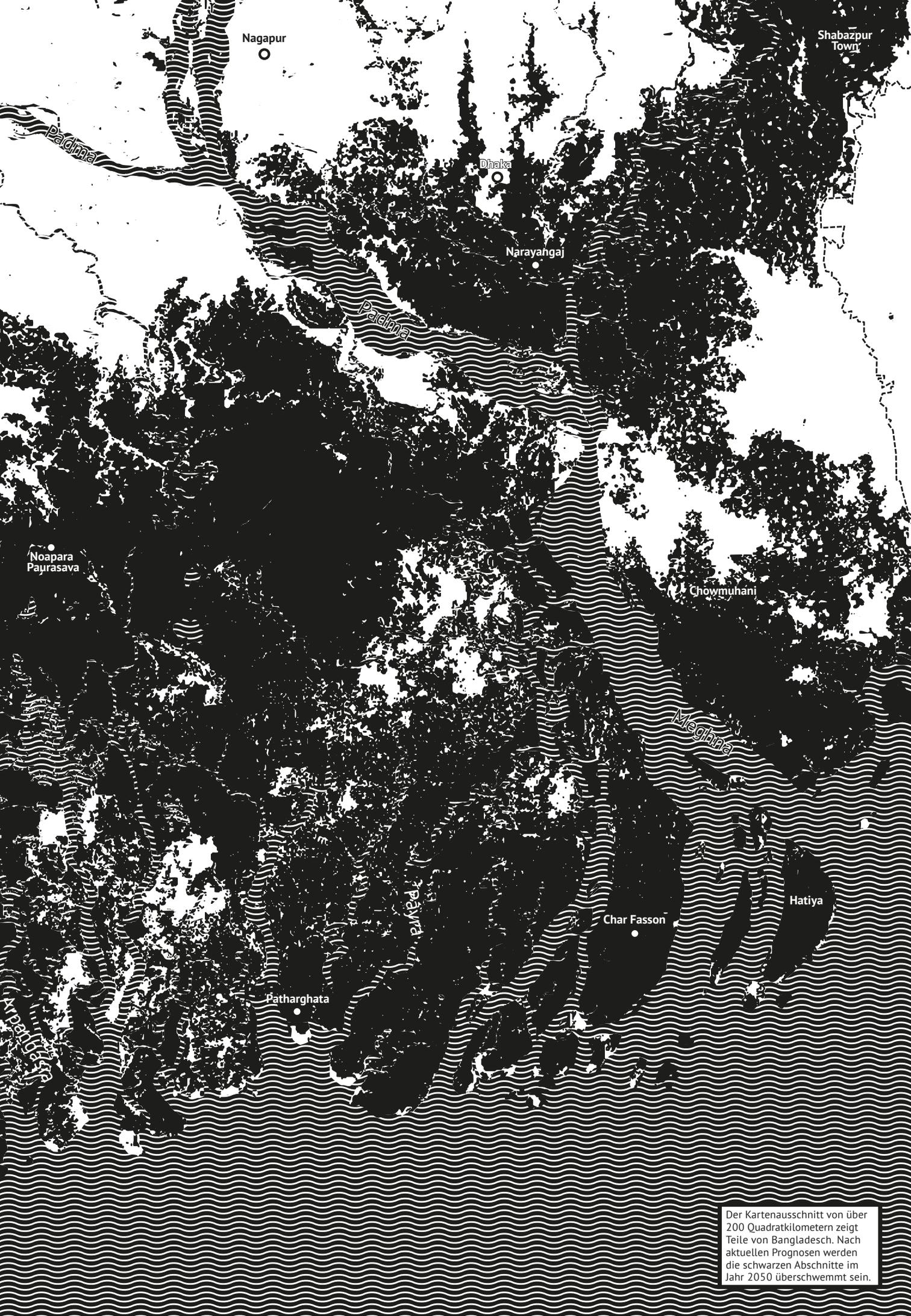
POLITIKUM – www.politikum.org

Impressum

1. Auflage 2021 • 500 Exemplare

HERAUSGEBER: Attac Trägerverein e.V., Münchener Straße 48, D-60329 Frankfurt am Main

GESTALTUNG: www.dicey-studios.com • HERSTELLUNG: www.recyclingflyer.de



Nagapur

Shabazpur Town

Dhaka

Narayangaj

Noapara Paurasava

Chowmuhani

Patharghata

Char Fasson

Hatiya

Der Kartenausschnitt von über 200 Quadratkilometern zeigt Teile von Bangladesch. Nach aktuellen Prognosen werden die schwarzen Abschnitte im Jahr 2050 überschwemmt sein.

**Rechten Tendenzen in sozialen Bewegungen gilt es
entschieden entgegenzutreten. Das wollen wir als
AG »Attac gegen Rechts« tun.**

**Wir haben die nationalistische Rechte und ihre Ver-
suche, Einfluss auf soziale Bewegungen zu nehmen,
im Blick. Die andere Welt, die wir wollen, ist solida-
risch, friedlich, demokratisch und garantiert allen
ein Leben in Würde.**

**Wir planen Videos, Materialien und Workshops zur
Aufklärung über Verschwörungstheorien und rechte
Tendenzen in den Debatten, die auch die globali-
sierungskritische Bewegung beschäftigen.**

**Wir diskutieren in sozialen Bewegungen solidarisch,
wo rote Linien gezogen werden sollten.**

**Wir beteiligen uns als Attacies an Bündnissen wie
»Aufstehen gegen Rassismus« oder #unteilbar.**

Wir freuen uns über Mitstreiter*innen.

INFOS www.attac.de/gegen-rechts

KONTAKT gegen-rechts@attac.de

